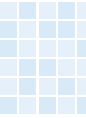


LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT KONZERN

# JAHRESABSCHLUSS 2012

# INHALTSVERZEICHNIS

Konzernlagebericht .....	Seite 3
Konzernbilanz .....	Seite 24
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung .....	Seite 26
Konzernanhang .....	Seite 27
Entwicklung des Anlagevermögens .....	Seite 48
Konzern-Kapitalflussrechnung .....	Seite 50
Konzern-Eigenkapitalpiegel .....	Seite 52
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	Seite 54
Impressum .....	Seite 56



# KONZERNLAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

## LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

### 1 KONZERN UND GESCHÄFTSFELDER

Der Konzern der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), umfasst eine Vielzahl von Tochter- und Beteiligungsunternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zusammen bilden sie eine der größten Unternehmensgruppen im Freistaat Sachsen, von der wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ausgehen.

Die Konzernaktivitäten erstrecken sich dabei im Wesentlichen auf die Geschäftsbereiche Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, Verkehr sowie auf sonstige Servicebereiche. Die Energieversorgung umfasst die Erzeugung von Strom und Wärme, den Strom- sowie Gasgroßhandel, den Vertrieb von Strom, Gas und Wärme, Netze, energienahe Dienstleistungen und die Energieversorgung Pommern. Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung werden die Bereitstellung von Trinkwasser und die Beseitigung von Abwasser sowie vielfältige Dienstleistungen in technischen und kaufmännischen Belangen abgesichert. Der

Verkehrsbereich umfasst hauptsächlich die Erbringung von Verkehrsleistungen mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Leipzig sowie im angrenzenden Umland. Der sonstige Servicebereich ist Kompetenzzentrum für alle Belange der Konzernunternehmen beispielsweise in Bezug auf Abrechnungsleistungen. Darüber hinaus werden Beratungs- und Dienstleistungen für externe Kunden angeboten.

Ihre Leistungen erbringen die Geschäftsbereiche jeweils durch ein oder mehrere Tochterunternehmen des Konzerns. Die Leitung der Tochterunternehmen untersteht den jeweiligen Geschäftsführungen. Organisations-, Planungs- und Berichtsstruktur des Konzerns entsprechen den strategischen Geschäftsfeldern. Die Schwerpunkte in der Steuerung bilden die Konzernunternehmen Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (KWL), Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (LVB), und Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (SW Leipzig).

### 2 RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Weltwirtschaft geriet 2012 erneut in eine Schwächephase, welche sich – wenn auch in unterschiedlich starkem Maße – auf alle Regionen auswirkte. Ausschlaggebend für die schwache Weltkonjunktur war neben dem schwächeren Wirtschaftswachstum in vielen Schwellenländern vor allem die erhebliche Verunsicherung durch die erneute Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte sich die exportstarke deutsche Wirtschaft gut behaupten. Das verdeutlicht auch ein Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Zahl der Erwerbslosen fiel auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit waren im Jahr 2012 im Jahresdurchschnitt 2,9 Mio. Menschen ohne Arbeit.





Die Zahl der Beschäftigten ist dagegen erneut auf einen Rekordwert gestiegen. Im Jahresdurchschnitt gingen rund 41,5 Mio. Menschen einer Beschäftigung nach, teilte das Statistische Bundesamt mit. Damit waren im vereinigten Deutschland so viele Menschen beschäftigt wie nie zuvor.

Obwohl die Euro-Schuldenkrise auch die deutsche Wirtschaft bremste, ergab sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ein Plus bei dem realen Bruttoinlandsprodukt von 0,7 % – nach 3,0 % im Jahr zuvor. Wichtigster Wachstumsmotor war einmal mehr der Export.

Insgesamt profitierte der Fiskus deutlich von der robusten Konjunktur: Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen nahmen unter dem Strich sogar etwas mehr ein, als sie ausgaben. Damit erzielte der deutsche Staat erstmals seit 2007 einen leichten Überschuss von 0,1 %.

In Ostdeutschland und auch in Sachsen hat sich nach einem guten ersten Quartal die konjunkturelle Dynamik im zweiten Quartal spürbar verlangsamt. Für das Jahr 2013 erwartet das ifo Institut allerdings auch im Freistaat Sachsen eine deutliche Belebung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik.

Letztere war in Leipzig 2012 bereits gut zu erkennen, sowohl in der Wirtschaft als auch auf dem Arbeitsmarkt und in der Bevölkerungsentwicklung. Leipzig ist eine der wenigen ostdeutschen Kommunen, die wachsen und nicht schrumpfen. Hatte die Stadt 2001 noch knapp 490.000 Einwohner, so wuchs sie seitdem Jahr für Jahr und lag 2012 bei über 525.000 Einwohnern. Die Zahl der Geburten übersteigt heute wieder die der Sterbefälle. Es kommen Jahr für Jahr zunehmend mehr Kinder in Leipzig zur Welt. Und es besuchen Jahr für Jahr mehr internationale Gäste (weit mehr als 2 Mio. jährlich) die Stadt.

Leipzig hat es geschafft, die Arbeitslosenquote in den vergangenen sieben Jahren zu halbieren. Die Industrielandschaft der Stadt vollzog mit der Werkerweiterung von Porsche und der nahenden Serienproduktion neuartiger Elektroautos bei BMW einen technologischen Sprung. Aber auch der Wissenschaftsstandort wurde gestärkt. Ein wichtiger, nicht nur symbolischer Beitrag dazu: Der Universitäts-

verbund Leipzig – Halle – Jena erhielt 2012 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft den Zuschlag für das Deutsche Zentrum für Integrative Biodiversitätsforschung mit Sitz in der Bio City Leipzig.

Trotz der erfreulichen Entwicklung der Leipziger Wirtschaft machten auch vor ihr die Herausforderungen der Gegenwart nicht halt. Darunter zählen unter anderem der Fachkräftemangel, die unklaren Rahmenbedingungen der Energiewende und die sich daraus ergebenden Anforderungen für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger oder auch die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen sowie das sich abzeichnende Auslaufen des Solidarpaktes 2019.

Anfang 2012 entschied der Stadtrat, die LVV als Managementholding zu stärken, und erteilte den Auftrag, die Aufwendungen mittels konzernweiter Zusammenarbeit nachhaltig um Mio. EUR 10 zu senken. Im Rahmen des Neuausrichtungsprojektes „LVV 2015 – Leipzig vereint versorgen“ werden diese Aufgaben des Gesellschafters nun umgesetzt, um sowohl die LVV in ihrer Steuerungsfunktion als auch das operative Geschäft der Beteiligungsunternehmen zu stärken.

Die energiepolitische Situation des Jahres 2012 wurde ganz maßgeblich durch das „Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Energiewende“ geprägt. Mit der Umsetzung des Maßnahmenpaketes ist primär eine maßgebliche Senkung der Treibhausgasemissionen verbunden. Die Verwirklichung des Zielekanons soll insbesondere durch den Einsatz erneuerbarer Energien und weiterer Effizienztechnologien gewährleistet sein. So hat die Bundesregierung im Geschäftsjahr 2012 weitere Gesetzesnovellen auf den Weg gebracht. Unter anderem wurden das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), hier insbesondere die Regelungen zur Solarvergütung, und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) geändert.

Mit der Novellierung des KWKG beabsichtigte der Gesetzgeber 2012, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Errichtung und Modernisierung von KWK-Anlagen durch die Verbesserung von Planungs- und Investitionsbedingungen anzupassen. Trotz dieser Impulse ist eine Ergebniskompensation der deutlich gesunkenen Großhandelspreise am



Strommarkt und der verschlechterten Auslastung von KWK-Anlagen (vorwiegend auf Erdgasbasis) nicht wahrscheinlich.

Der Konzern untersteht als Strom- und Gasnetzbetreiber der Regulierung der Bundesnetzagentur (BNetzA) beziehungsweise im Bereich der Entgeltregulierung Gas der Landesregulierungsbehörde Dresden. Im Jahr 2009 erfolgte die Einführung der Anreizregulierung für Strom- und Gasnetze. Die von den Regulierungsbehörden bestimmten individuellen Erlösobergrenzen gelten für die erste Regulierungsperiode – im Bereich Strom bis einschließlich 2013 und im Bereich Gas bis einschließlich 2012.

Der Energieverbrauch der versorgten Haushaltskunden wird in hohem Maße von den Witterungsverhältnissen beeinflusst. Insgesamt war die Witterung im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr deutlich kühler. Die Gradtagszahl – ein möglicher Indikator für den Heizenergiebedarf – lag für das Jahr 2012 um 8,0 % über dem Vorjahreswert. Die Jahresmitteltemperatur in Leipzig lag bei 10,3 °C und damit unter dem Vorjahreswert von 10,9 °C (Anpassung des Vorjahreswertes aufgrund des Messstationswechsels). In der Region Pommern waren ähnliche Witterungseinflüsse zu verzeichnen.

Die allgemeinen wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen machten sich bezogen auf die Geschäftstätigkeit der KWL – die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbehandlung für die Stadt Leipzig und die Städte und Gemeinden des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbe-

seitigung Leipzig-Land (ZV WALL) – unter anderem in Form eines niedrigen Trinkwassergebrauchs bemerkbar.

Das wirtschaftliche und finanzielle Umfeld im Verkehrsbereich zeigt sich durch die Kürzung und den Wegfall von Fördermitteln für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie einen hohen Investitionsbedarf unverändert herausfordernd. Nach wie vor üben die europäische Rechtsetzung und Rechtsprechung einen großen Einfluss auf den ÖPNV aus. Nachdem der lange Zeit stagnierende Prozess der Anpassung des deutschen Personenbeförderungsgesetzes an die Vorgaben der Verordnung (EG) 1370/2007 im Herbst 2012 eine überraschende Dynamik entwickelte und am 1. Januar 2013 das neue Gesetz in Kraft trat, haben Entwicklungen auf Unionsebene diesen Stand wieder infrage gestellt.

Die Revision der Vergaberichtlinien, die Regelung zum Konzessionsrecht, die Veröffentlichung der Kommissionsempfehlungen zur Umsetzung der Verordnung (EG) 1370/2007, diverse Beihilfeentscheidungen der Kommission und des Europäischen Gerichtshofes sowie die geplante Überführung der Sonderbeihilferegulungen des Verkehrsbereichs in die generellen „Block Exemptions“ des EU-Beihilferechts konfrontieren auch regionale ÖPNV-Unternehmen zunehmend mit rechtlichen Unsicherheiten und Evaluierungserfordernissen.

## 3 GESCHÄFTSVERLAUF UND ERGEBNISENTWICKLUNG

### 3.1 Ertragslage

Der LVV-Konzern weist für das Geschäftsjahr 2012 einen Konzernjahresfehlbetrag von Mio. EUR 60,7 nach Mio. EUR 13,8 im Vorjahr aus. Neben der positiven Entwicklung aus der operativen Tätigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist das Konzernergebnis und damit die Ertragslage des Konzerns im Geschäftsjahr 2012 wesentlich durch außerordentliche Effekte geprägt.

Außerordentliche Aufwendungen für eine vorsorglich gebildete Rückstellung infolge des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 im Rechtsstreit der KWL gegen die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) beeinflussen das Konzernergebnis mit Mio. EUR 77,6. Dem stehen Erträge aus der Veräußerung der Anteile an der perdata Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH,



Leipzig (perdata), und an der HL komm Telekommunikations GmbH, Leipzig (HL komm), gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr entfielen mit der Entkonsolidierung beider Gesellschaften Erträge und Aufwendungen aus den Bereichen IT-Dienstleistungen (zum 1. Januar 2012) und Telekommunikation (zum 1. September 2012).

Dem vor allem durch geringere Handelsmengen im Energiegroßhandel bedingten Rückgang der Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2012 um Mio. EUR 39,6 auf Mio. EUR 4.379,8 stand ein überproportionaler Rückgang der Materialaufwendungen um Mio. EUR 64,2 auf Mio. EUR 3.921,8 gegenüber, was im Ergebnis zu einem deutlichen Anstieg des hieraus ermittelten Rohergebnisses um Mio. EUR 24,6 auf Mio. EUR 458,0 führte. Positiv wirkten sich insbesondere der preis- und witterungsbedingte Anstieg der Umsatzerlöse im Wärmemarkt bei gleichzeitig günstiger Beschaffung am Energiemarkt aus.

Sowohl die um Mio. EUR 6,2 höheren sonstigen betrieblichen Erträge als auch die um Mio. EUR 7,9 geringeren Personalaufwendungen hatten darüber hinaus einen ergebnisverbessernden Effekt. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Buchgewinne aus der Veräußerung der Anteile an der perdata und HL komm von Mio. EUR 15,1 sowie auf die Effekte aus der Entkonsolidierung beider Gesellschaften zurückzuführen.

Demgegenüber belasten weitere Zuführungen zur Rückstellung für drohende Verluste für die von den SW Leipzig betriebenen Biomassekraftwerke, vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen, insbesondere auf nicht betriebsnotwendige Grundstücke und Gebäude, und die weitere Dotierung der Rückstellungen für Prozesskosten im Zusammenhang mit Geschäften der KWL, die Collateralized Debt Obligations (CDO) und Credit Default Swaps (CDS) zum Gegenstand haben, das Betriebsergebnis des Konzerns.

Im Saldo verbesserte sich das Betriebsergebnis (ohne Eliminierung neutraler Sachverhalte) jedoch um Mio. EUR 25,1 auf Mio. EUR 73,7.

Das Beteiligungsergebnis des Konzerns wurde in den Vorjahren maßgeblich von der Dividendenzahlung der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (VNG), beeinflusst. Aufgrund der Ergebnisverschlechterung der VNG im Geschäftsjahr 2011 flossen hieraus dem Konzern im Geschäftsjahr 2012 keine Dividenden zu. Daneben wirken sich höhere Verlustübernahmen im Vergleich zum Vorjahr aus.

Das negative Zinsergebnis, welches insbesondere den hohen Kapitalbedarf der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen widerspiegelt, hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des niedrigeren Marktzinsniveaus sowie der planmäßigen und außerplanmäßigen Tilgungen auf Darlehen deutlich verbessert. Für das der LVV von der Stadt Leipzig gewährte Gesellschafterdarlehen entstanden im Geschäftsjahr 2012 Zinsaufwendungen von Mio. EUR 14,3. Diese werden durch Zahlungen der Stadt Leipzig gemäß § 2 des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrags (VLFV) in Form einer Kapitaleinlage in gleicher Höhe ausgeglichen.

Der ausgewiesene Steueraufwand enthält die für 2012 geleisteten Steuervorauszahlungen und Zuführungen zu den Steuerrückstellungen sowie voraussichtliche Mehrbelastungen aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen. Im Vorjahr waren darüber hinaus insbesondere Steuer Mehraufwendungen infolge der Änderung der Rechtsauffassung der Finanzbehörden zur steuerlichen Bilanzierung der verrechenbaren Abwasserabgabe zu berücksichtigen. Der Steueraufwand verminderte sich um Mio. EUR 18,8.

Unter Berücksichtigung vorgenannter Ergebnisentwicklungen ergibt sich für das Geschäftsjahr 2012 ein Konzernjahresfehlbetrag von Mio. EUR 60,7. Nach Verrechnung des anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisses, des hohen aus Vorjahren übernommenen Konzernverlustvortrages sowie der Entnahme aus der Kapitalrücklage verbleibt ein Konzernbilanzverlust von Mio. EUR 160,0.



### 3.2 Umsatzentwicklung

Trotz zunehmenden Wettbewerbs konnten die Unternehmen des LVV-Konzerns ihre Marktpositionen auch im Geschäftsjahr 2012 behaupten. Die

Entwicklung der Umsatzerlöse im Konzern stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2012 TEUR	2011 TEUR
Strom	3.426.909	3.395.869
Gas	372.149	484.836
Fernwärme	222.542	195.826
Wasserversorgung	58.399	58.406
Abwasserentsorgung	60.880	60.176
Personennahverkehr	92.748	85.864
Telekommunikation	18.423	30.296
IT-Dienstleistungen	0	7.603
Übrige	127.742	100.569
<b>Gesamtumsatzerlöse im Konzern</b>	<b>4.379.792</b>	<b>4.419.445</b>

Die Entwicklung der Umsatzerlöse ist auch im Geschäftsjahr 2012 wesentlich durch den Energiegroßhandel geprägt, auf den 78,9 % der Gesamtumsätze im Konzern entfallen. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Umsatzerlöse im Energiegroßhandel jedoch um Mio. EUR 71,2 auf Mio. EUR 3.454,3 zurück. Während im Bereich Energiegroßhandel Strom die Umsätze handelsmengenbedingt um Mio. EUR 38,8 auf Mio. EUR 3.141,5 weiter gesteigert werden konnten, verminderten sich die Umsatzerlöse aus dem Energiegroßhandel Gas aufgrund geringerer Handelsmengen um Mio. EUR 110,0 auf Mio. EUR 312,8.

Die Umsatzerlöse aus der Strom-, Gas- sowie Fernwärmeversorgung enthalten darüber hinaus auch Erlöse aus dem Energievertrieb, der neben dem Verkauf von Strom, Gas, Fernwärme und Energielösungen mittels standardisierter Produkte an Endverbraucher auch deutschlandweiter Anbieter von Strom und Gas für mittelständische Geschäftskunden ist.

Im Energievertrieb sind die Umsatzerlöse um insgesamt Mio. EUR 28,6 auf Mio. EUR 467,3 gestiegen. Der Anstieg ist einerseits auf höhere Umsatzerlöse im Energievertrieb Strom zurückzuführen, der mit Mio. EUR 277,3 bzw. 59,3 % Hauptumsatzträger in diesem Bereich ist. Hier ist die Erhöhung um Mio. EUR 10,7 bzw. 4,0 % insbesondere durch den Ausbau des Stromgeschäftes mit Key-Account-Kunden

beeinflusst, während sich die Absatzmengen und damit die Erlöse bei Privat- und Gewerbekunden aufgrund des intensiven Wettbewerbs rückläufig entwickelten.

Darüber hinaus verminderte sich der Umsatz im Energievertrieb Gas hauptsächlich durch wettbewerbsbedingte Absatzrückgänge auf Mio. EUR 59,4 (Vj.: Mio. EUR 62,0).

Im Wärmemarkt konnten demgegenüber die Umsatzerlöse für den Vertrieb von Fernwärme sowohl durch höhere Absatzmengen infolge von realisierten Neuanschlüssen von 15,3 MW und der kälteren Witterung im Jahr 2012 als auch preisbedingt um Mio. EUR 20,5 auf Mio. EUR 130,6 gesteigert werden.

Im Geschäft Pommern ergab sich für das Geschäftsjahr 2012 ebenfalls ein Anstieg des Umsatzes von Mio. EUR 6,2, der im Wesentlichen aus dem Verkauf von Fernwärme resultiert. Hier ist die Entwicklung auf einen höheren Absatz infolge der kälteren Witterung und der Neuanschlüsse von Kunden sowie auf eine Anpassung der Preise zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse im Bereich Wasserversorgung sind trotz Preissenkung zum 1. Januar 2012 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Hier



wirkten sich die Veränderung der Rückstellungen für Umsatzrisiken sowie der leicht gestiegene Trinkwasserabsatz aus.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden 27,4 Mio. Kubikmeter Trinkwasser und damit etwa 0,6 Mio. Kubikmeter mehr als 2011 abgesetzt. Der Durchschnittsverbrauch pro Kunde bleibt weiterhin auf einem niedrigen Stand. Im Durchschnitt verbraucht ein Kunde im Versorgungsgebiet nur etwa 86,8 Liter Wasser pro Tag. Im Vergleich mit dem für das Jahr 2011 im Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft dargestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 122 Litern Wasser pro Tag und pro Person entspricht das Verbrauchsverhalten der Kunden im Versorgungsgebiet der KWL damit einem etwa um 30,0 % geringeren Durchschnittsverbrauch. Entsprechend nachteilig wirken demzufolge die Grundkosten zur Vorhaltung der Netzanlagen.

Auf die Entwicklung der Umsatzerlöse im Bereich der Abwasserbehandlung wirkte sich bei der zum 1. Januar 2012 wirksam gewordenen Preissenkung und dem leichten Anstieg der abgerechneten Schmutzwassermenge insbesondere die Veränderung der in Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Umsatzrisiken erlöserhöhend aus.

Die Umsatzerlöse aus Verkehrsleistungen im Personennahverkehr haben sich gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht. Diese Entwicklung ist neben dem leichten Anstieg des Fahrgastaufkommens auch auf die ganzjährige Wirkung der Tarifierhöhung zum 1. August 2011 in ausgewählten Fahrausweissegmenten sowie auf Einführung eines neuen Tarifmodells am 1. August 2012 zurückzuführen. Insgesamt wurden 139,1 Mio. Fahrgäste (Vj.: 134,4 Mio. Fahrgäste) im Linienverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen befördert.

Der Rückgang der Umsatzerlöse für IT-Dienstleistungen und Telekommunikation beruht auf dem Verkauf der Anteile und damit der Entkonsolidierung der bisher in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften perdata und HL komm.

In den übrigen Umsatzerlösen sind im Wesentlichen die Erlöse aus der Netznutzung Dritter im Netzgebiet Leipzig (Mio. EUR 71,3; Vj.: Mio. EUR 55,6) enthalten. Die ermittelten Netznutzungsentgelte für Strom und Gas werden neben den festgelegten Effizienzwerten und Erlösobergrenzen auch durch die der Entgeltkalkulation zugrunde gelegten Durchleitungsmengen beeinflusst.

## 4 VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Vermögensstruktur des Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahr bei einem Rückgang der Bilanzsumme um Mio. EUR 19,1 bzw. 0,8 % auf der Aktivseite der Konzernbilanz vor allem durch einen Rückgang des Anlagevermögens (Mio. EUR 35,9) sowie der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (Mio. EUR 32,2) gekennzeichnet. Demgegenüber haben sich die flüssigen Mittel des Konzerns um Mio. EUR 50,6 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Für den Anstieg sind insbesondere Darlehensaufnahmen ursächlich, die für den anstehenden Finanzierungsbedarf des Konzerns bereits für das Folgejahr akquiriert werden konnten.

Der LVV-Konzern weist eine sehr hohe Anlagenintensität auf. So entfallen 84,1 % (Vj.: 84,9 %) der Bilanzsumme von Mio. EUR 2.463,6 auf das Anlagevermögen, das durch Eigenmittel, Investitionszu-

schüsse und Darlehen finanziert ist (davon mittel- und langfristige Finanzierung: 89,8 %, Vj.: 91,0 %). Dass sich die Buchwerte gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 35,9 bzw. 1,7 % verminderten, ist hauptsächlich auf die Entkonsolidierung von perdata und HL komm aufgrund der Veräußerung der Anteile dieser Gesellschaften zurückzuführen. Die Investitionen des Konzerns überstiegen im Geschäftsjahr 2012 die Summe der Abschreibungen.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit im Konzern lagen auch im Geschäftsjahr 2012 im Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsanlagen. So wurden im Bereich der Energieversorgung mit dem Erwerb von zwei Windenergieanlagen in die Erweiterung des Erzeugungsportfolios und zur Erhaltung der Versorgungssicherheit in das Mittel- und Niederspannungsstromnetz inklusive Ortsnetzstationen





sowie in das Gas- und Fernwärmenetz und bei den polnischen Tochtergesellschaften in die Erneuerung und den Ausbau der Wärmenetze investiert. Darüber hinaus konnte der Rumpfturbinentausch an der GT 81 des über Leasing finanzierten Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes Leipzig (GuD-Kraftwerk) durchgeführt werden.

Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung wurden Investitionen hauptsächlich in das Rohr- und Kanalnetz zur Gewährleistung der Ver- und Entsorgungssicherheit unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen sowie in Erfüllung bestehender Verträge getätigt. Darüber hinaus wurde in Umsetzung der Wasserversorgungskonzeption in Wasserwerke und zur Erweiterung der vorhandenen Behandlungskapazitäten in Klärwerke investiert.

Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV, wie die Anschaffung von Niederflurstraßenbahnen und neuen Gelenkbussen, aber auch notwendige Gleisbaumaßnahmen standen im Fokus der Investitionstätigkeit des Verkehrsbereichs. Mit Grundsteinlegung im April 2012 wurde darüber hinaus begonnen, das Technische Zentrum in Heiterblick stufenweise zum Hauptstandort der modernen und effizienten Straßenbahninstandhaltung auszubauen.

Weitere Investitionsmittel des Konzerns flossen in Projekte zur Unterstützung und Optimierung der IT-Prozesslandschaft.

Der Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ist einerseits durch geringere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen infolge höher vereinnahmter Abschlagszahlungen auf Energielieferungen begründet. Andererseits wirken sich Zahlungen der Stadt Leipzig auf bisher ausgewiesene Forderungen im Rahmen des VLFV für Vorjahre auf die Verminderung der Sonstigen Vermögensgegenstände aus.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur insbesondere durch einen Rückgang des Konzerneigenkapitals (Mio. EUR 40,9), der Sonderposten (Mio. EUR 15,1) sowie der Verbindlichkeiten (Mio. EUR 81,5) gekennzeichnet, dem ein Anstieg der Rückstellungen (Mio. EUR 118,9) gegenübersteht.

Die Eigenmittel des Konzerns (Konzerneigenkapital und der Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung) haben sich insbesondere aufgrund des Konzernjahresfehlbetrages (Mio. EUR 60,7) gegenüber dem Vorjahr vermindert. Zur Veränderung des Eigenmittelbestandes trugen weiterhin Einlagen der Stadt Leipzig (Mio. EUR 14,3), die im Vorjahresvergleich positive Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnungen (Mio. EUR 4,6) sowie die konsolidierungsbedingten Veränderungen des Ausgleichspostens für Anteile anderer Gesellschafter (Mio. EUR 4,2) bei. Die Eigenmittelquote ist durch diese Veränderungen auf 8,8 % (Vj.: 10,5 %) gesunken. Unter Berücksichtigung des Gesellschafterdarlehens, für das die Stadt Leipzig einen Rangrücktritt erklärt hat, beträgt die Eigenmittelquote im Konzern 18,5 % (Vj.: 20,0 %).

Die Abnahme der Sonderposten ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die planmäßigen ertragswirksamen Auflösungen die Zugänge des Geschäftsjahres übersteigen.

Der Rückstellungsanstieg ist insbesondere auf die weitere Zuführung zu Rückstellungen für drohende Verluste für die von den SW Leipzig betriebenen Biomassekraftwerke, die vorsorgliche Bildung einer Rückstellung infolge des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 im Rechtsstreit der KWL gegen die LBBW und die weitere Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten im Zusammenhang mit den CDO-/CDS-Transaktionen der KWL sowie höhere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen und den Energieeinkauf zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns sind insbesondere durch einen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Sonstigen Verbindlichkeiten gekennzeichnet. Die Nettobankverschuldung, die um Mio. EUR 70,9 auf Mio. EUR 570,0 gesenkt werden konnte, hat sich insbesondere durch eine höhere Liquidität aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der operativ tätigen Gesellschaften sowie durch planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen beispielsweise aus den realisierten Buchgewinnen im Rahmen des Verkaufs der Anteile an perdata und HL komm deutlich verbessert. Die Verminderung der Sonstigen Verbindlichkeiten um Mio. EUR 33,3 ist vor allem durch geringere Kundenguthaben aus der



Jahresverbrauchsabrechnung, durch Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückzahlungsverpflichtungen aus dem Regulierungskonto Gas sowie durch Umsetzung der Maßnahme zum Tausch der Turbine des GuD-Kraftwerkes in Leipzig begründet.

Die Prämienzahlungen aus den CDO-Transaktionen werden als Verbindlichkeiten (Mio. EUR 36,0) ausgewiesen. Rückstellungen für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen wurden, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig bei der KWL vorsorglich gebildeten Rückstellung, wie im Vorjahr nicht gebildet, da die KWL und die LVV nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege ausgehen. Das gilt auch in Ansehung des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie die dafür ursächlichen Mittelverwendungen werden anhand der in der Anlage beigefügten Kapitalflussrechnung aufgezeigt.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit des Konzerns liegt für das Geschäftsjahr 2012 bei Mio. EUR 90,6 und damit um Mio. EUR 22,2 unter dem Vorjahreswert. Bei einem weiteren Rückgang des Jahresergebnisses, das unter anderem durch die Bildung von nicht unmittelbar zahlungswirksamen Rückstellungen beeinflusst ist, wird diese Entwicklung vor allem durch die stichtagsbedingte Abnahme der Verbindlichkeiten des Konzerns beeinflusst. Dem standen im Vorjahr Zahlungsmittelzuflüsse aus der Abnahme von Forderungen gegenüber.

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit des Konzerns, aus der Tilgung von Darlehen sowie aus vorgenommenen Ausschüttungen an die außerhalb des Konzernkreises stehenden Gesellschafter konnten vollständig aus dem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, durch Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen sowie durch Einlagen der Stadt Leipzig gedeckt werden. Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Mittel haben den Finanzmittelbestand um Mio. EUR 50,6 erhöht. Die Liquidität des Konzerns war jederzeit sichergestellt.

## 5 PERSONALENTWICKLUNG/PERSONALSTRUKTUR

Im Geschäftsjahr 2012 waren im LVV-Konzern durchschnittlich 2.243 Gehalts- und 2.555 Lohnempfänger beschäftigt. Der Rückgang der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 5,6 % ist insbesondere auf die Veräußerung der Anteile an perdata und HL komm zurückzuführen.

Der Eintritt in neue sowie der Ausbau bestehender Geschäftsfelder erfordern Qualifikationen, die bei den betreffenden Beteiligungsunternehmen vorrangig über gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen abgedeckt werden. So wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von den einzelnen Gesellschaften ein bereichsbezogenes und zielgruppenorientiertes Fort- und Weiterbildungsprogramm angeboten.

Die Unternehmen des LVV-Konzerns gehören zu den führenden Ausbildungsbetrieben der Region und bildeten auch im Geschäftsjahr 2012 über den eigenen Bedarf hinaus aus, darunter für andere Unternehmen der Leipziger Region.

Der Aufsichtsrat der LVV bestellte am 13. Dezember 2011 Herrn Volkmar Müller ab dem 15. Dezember 2011 befristet für die Zeit der krankheitsbedingten Abwesenheit des Kaufmännischen Geschäftsführers der LVV, Herrn Detlev Kruse, längstens jedoch bis zum 31. März 2013, als dritten Geschäftsführer der LVV. Vor dem Hintergrund, dass der Vertrag für Herrn Detlev Kruse zum 31. März 2013 ausgelaufen ist, hat der Aufsichtsrat der LVV in seiner Sitzung am 16. November 2012 beschlossen, Herrn Volkmar Müller, ab dem 1. April 2013 befristet bis zum 31. März 2014 wieder zu bestellen.



## 6 RISIKOBERICHT

### 6.1 Risikomanagementsystem

Die LVV betreibt ein konzernweites Risikomanagementsystem, in dem regelmäßig wesentliche Risiken der LVV und ihrer Tochtergesellschaften erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet werden. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis des LVV-Konzerns gefährden können, zu identifizieren und effektiv zu steuern.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Vorgang in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des LVV-Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der LVV bei der Geschäftsführung der LVV, für Risiken der Tochtergesellschaften bei der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Zum rechtzeitigen Erkennen, Einschätzen und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen sowohl auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte als auch in Einzelfällen auf externes Beraterwissen.

Im Rahmen des bestehenden Risikomanagements sind nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert und bewertet sowie in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen und Schwellenwerte zugeordnet. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der LVV und wesentlicher Risiken der Tochtergesellschaften in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Neu erkannte, nennenswerte Risiken werden umgehend berichtet und bei Bedarf nach entsprechender Bewertung und Festlegung von Frühwarnindikatoren und Gegenmaßnahmen

dauerhaft in die Berichterstattung aufgenommen. Darüber hinaus wird das Risikoportfolio regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der LVV in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen des § 91 Abs. 2 Aktiengesetz erfüllt. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Konzernrevision überprüft.

Das Risikomanagementsystem der LVV ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LVV beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Beim Abschluss der CDO-/CDS-Geschäfte hingegen wurden das interne Kontrollsystem und das Risikomanagementsystem der KWL durch die ehemalige Geschäftsführung systematisch umgangen. Eine Darstellung dieser wesentlichen Risiken im Risikomanagementsystem war somit ausgeschlossen. Das Risikoportfolio der KWL wurde von der neuen Geschäftsführung der KWL zu Beginn des Jahres 2010 wesentlich überarbeitet und entsprechend angepasst.

Bedingt durch die erhöhte Dynamik im europäischen Energiehandel und die sich insbesondere daraus ergebenden Markt- und Kreditrisiken ist im Energiegroßhandel der SW Leipzig zusätzlich ein eigenes Risikomanagement implementiert. Um eine gewissenhafte Umsetzung und eine verantwortungsvolle Durchführung des Risikomanagementprozesses sicherzustellen, hat sich der Energiehandel den aufbau- und ablauforganisatorischen Anforderungen und Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterworfen. Daneben verfügt der Bereich über ein eigenes Risikomanagementhandbuch, in dem organisatorische Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten festgelegt sind. Zusätzlich sind ein



Risikoausschuss und ein Risikokomitee organisatorisch fest verankert.

Darüber hinaus ergeben sich für die SW Leipzig aus der Novellierung der EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID) und der Regulierung des OTC-Derivatehandels mögliche Risiken. Dazu zählen die Aufsichts-

pfligt nach Kreditwesengesetz, die Eigenkapitalunterlegungspflicht gemäß Solvabilitätsverordnung, das verpflichtende Clearing bei Überschreiten des Schwellenwertes, die Vorhaltung hoher Liquiditätsreserven infolge des Clearings sowie die Anpassung bestehender Handels- und Beschaffungsstrategien.

## 6.2 Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung im Bereich der Managementholding und unternehmensübergreifend im LVV-Konzern

Die LVV ist als Managementholding unmittelbar vielfältigen Risiken ausgesetzt, die aus der Änderung steuerlicher, aber auch anderer rechtlicher und politischer Rahmenvorgaben resultieren. Wesentlich wirken Finanzrisiken wie Liquiditätsrisiken und das Risiko der langfristigen Finanzierungsfähigkeit der LVV auf Basis der Bonität des LVV-Konzerns. Mittelbar beeinflussen die – zum großen Teil operativen – Risiken der Tochtergesellschaften den Bestand und das Ergebnis der LVV.

Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der Steuergesetzgebung, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im

Energie- und Verkehrsbereich, der sich verschärfende Wettbewerb, zunehmende Aktivitäten der Kartellbehörden, die Finanzkrise, der fortschreitende Klimawandel, die Wirtschaftskraft des Standortes Leipzig sowie demografische Veränderungen beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung der LVV und der Tochtergesellschaften erheblich. Dabei ist eine zunehmende Veränderungsgeschwindigkeit bei häufigerer Zielneubestimmung im wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld festzustellen. Der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes wird deshalb vom LVV-Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

## 6.3 Finanzierungsrisiken

### Liquiditätsrisiken

Die LVV als Cash Pool-Führer steuert die Konzernliquidität über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate, davon die ersten drei Monate taggenau. In diesen Prozess sind grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen, welche in das Cash Pool-Verfahren eingebunden sind. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der über

die Cash Pool-Linien von Mio. EUR 89,0 hinausgeht, wird dieser durch die LVV am Kapitalmarkt ausgerechnet.

Zum 31. Dezember 2012 verfügten die Unternehmen im LVV-Konzern über ausreichend kurzfristige Liquidität.

### Langfristige Finanzierungsfähigkeit

Aus dem bestehenden Fälligkeitsprofil der im LVV-Konzern vorhandenen Darlehen resultiert für das Jahr 2014 eine Häufung des Bedarfs an Anschlussfinanzierungen. Dem wurde bereits und wird weiterhin mit Umfinanzierungen und Sondertilgungen entgegengewirkt.

Aus einer möglichen Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere im Ergebnis der anhaltenden Probleme im Euroraum könnten sich Risiken in Bezug auf Volumina, Konditionen und erzielbare Laufzeiten ergeben.



## Covenants

Unternehmen des LVV-Konzerns haben mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen Covenants (Finanzkennziffern) vereinbart, die bestimmte Finanzrelationen hinsichtlich der Verschuldung, des operativen Cash Flows, des Zinsaufwands und der Eigenmittel-/Eigenkapitalquote enthalten. Die vertraglich vereinbarten Kennzahlen entsprechen dem strategischen Finanzierungsansatz des Konzerns, um auch zukünftig den bestehenden Investment-Grade-Status (Bonitätsstatus) sicherzustellen. Der Nachweis über die Einhaltung der

Financial Covenants erfolgt auf Basis der Angaben des Konzernabschlusses der LVV. Die Einhaltung der Kennziffern ist für die LVV sehr wichtig, da andernfalls die Kreditgeber von Kündigungsrechten Gebrauch machen können. Auf Basis der aktuellen Konzernwirtschaftsplanung für 2013 bis 2017 wird die Einhaltung der Kennzahlen jedoch erwartet.

Auch in den Handelsverträgen des Energiegroßhandels (EFET-Verträge) dient die Vereinbarung von Covenants der Absicherung der Geschäfte.

## Zins-, Währungs- und Preisrisiken

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken und zur Optimierung von Kreditkonditionen werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch Konzernfinanzierung der LVV und entsprechende Geschäftsführungsbeschlüsse geregelt. Die Finanzinstrumente und Commodity-Derivate orientieren sich nach den Regeln der Konzernfinanzierung ausschließlich an den Grundgeschäften.

Ausfallrisiken bei den Finanzderivaten bestehen gegenüber den Kontrahenten in Höhe der positiven beizulegenden Zeitwerte. Gegen diese Risiken sichert sich der Konzern mittels Risikostreuung durch den Abschluss von Derivatgeschäften mit mehreren ausgewählten europäischen Finanzinstituten ab.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie das Risiko der langfristigen Finanzierungsfähigkeit auf Basis der Bonität bestehen bei der LVV zum jetzigen Zeitpunkt erkennbar nicht.

## 6.4 Steuerliche Risiken

Im Rahmen der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2005 bis 2007 bei der LVV gehen die Betriebsprüfer davon aus, dass wegen Verstoßes gegen die Verbundvoraussetzungen für das Jahr 2007 eine verdeckte Gewinnausschüttung von Mio. EUR 11,2 anzusetzen sei. Das sich hieraus ergebende steuerliche Risiko wurde im Rahmen der Berechnung der Steuerrückstellungen für das Geschäftsjahr 2012 berücksichtigt.

Die handelsrechtliche Pflichtrückstellung für Umsatzrisiken aus Kostenüberdeckungen im Bereich Wasserver- und Abwasserentsorgung wird laut Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 28. November 2011 durch die Finanzverwaltung steuerlich nicht mehr anerkannt. Entgegen

dem BMF-Schreiben hat der Bundesfinanzhof mit Urteil vom 6. Februar 2013 (I R 62/11) in einem Verfahren die grundsätzliche Pflicht zur Rückstellungsbildung bestätigt und das Verfahren an das Finanzgericht der ersten Instanz zurückverwiesen. Aus der steuerlichen Nichtanerkennung der Rückstellung ergeben sich im Ergebnis der Außenprüfung für die Jahre 2005 bis 2007 für den Prüfungszeitraum und für den Folgezeitraum 2008 bis 2011 insgesamt Mehrgewinne von Mio. EUR 33,8, für deren steuerliche Folgen Rückstellungen gebildet wurden. Die sich aus der Außenprüfung ergebenden voraussichtlichen Folgewirkungen für 2012 wurden im Rahmen von Hochrechnungen auf der Ebene des Organträgers berücksichtigt.



Aufgrund neuerer Erkenntnisse zum Stand der jeweiligen steuerlichen Außenprüfungen und der voraussichtlich vorzunehmenden Folgeänderungen in den noch offenen Veranlagungszeiträumen ist zum 31. Dezember 2012 eine erneute Hochrechnung der voraussichtlichen Nachzahlungen infolge von

Außenprüfungen vorgenommen worden. Die sich hiernach ergebenden, bislang noch nicht erfassten Rückstellungsbeträge für die Jahre 2002 bis 2010 wurden berücksichtigt. Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Jahresabschluss abgebildet.

## 6.5 Rechtsstreit zwischen VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (VNG VuB), Erfurt, und EWE AG, Oldenburg

Die EWE AG hat im Rechtsstreit um die Feststellung der Unwirksamkeit des Konsortialvertrages zwischen EWE AG und VNG VuB nach Abweisung ihres Hauptantrages durch das Schiedsgericht gegen die VNG VuB sowie hilfsweise gegen deren Gesellschafter, darunter die LVV, einen Anspruch auf anteilige Rückzahlung der Finanzierungsunterstützung geltend gemacht, die die EWE AG im Januar 2004 gezahlt hatte. Mit Schluss-Schiedsspruch vom 10. März 2012 hat das Schiedsgericht dem Hilfsan-

trag auf anteilige Rückzahlung der Finanzierungsunterstützung von Mio. EUR 12,3 stattgegeben. Dieser Betrag verteilt sich auf die einzelnen Gesellschafter der VNG VuB entsprechend dem Anteil, zu dem sie 2003/2004 Aktien an der VNG erworben hatten. Der auf die LVV entfallende Anteil von Mio. EUR 2,7 zuzüglich Zinsen von Mio. EUR 0,3 wurde im Geschäftsjahr 2012 durch Inanspruchnahme von in Vorjahren gebildeten Rückstellungen beglichen.

## 6.6 CDO-/CDS-Geschäfte der KWL

Aus den in den Jahren 2006 und 2007 mit verschiedenen Banken (UBS AG, Landesbank Baden-Württemberg, Depfa Bank plc) geschlossenen CDO-Geschäften sollte die KWL gegenüber verschiedenen Banken das Ausfallrisiko für Kreditportfolien übernehmen. Die KWL und ihre Gesellschafter, die LVV und der ZV WALL gehen davon aus, dass diese CDO-Geschäfte nichtig bzw. unwirksam und/oder nicht vollstreckbar und/oder nicht durchführbar sind. Hierzu sind Prozesse vor dem High Court of Justice gegen UBS AG, UBS Limited und UBS Global Asset Management (UK) Limited sowie gegen die Depfa Bank plc. in London anhängig. Weiter ist ein Verfahren gegen die LBBW vor dem Landgericht Leipzig anhängig, in dem am 3. Juni 2013 ein Teil-End- und Grundurteil gegen die KWL ergangen ist. Ungeachtet dieses erstinstanzlichen Urteils gehen die KWL und die LVV weiter davon aus, dass die CDO-Transaktionen nichtig bzw. unwirksam und/oder nicht vollstreckbar und/oder nicht durchführbar sind. Daran ändert auch die bei der KWL vorsorglich gebildete Rückstellung mit Blick auf die Entscheidung des Landgerichtes Leipzig nichts.

Die von den Banken gerichtlich geltend gemachten Zahlungsansprüche belaufen sich auf Mio. EUR 76, Mio. USD 116 sowie Mio. USD 138 (nach Verrechnung mit den Kündigungswerten der CDS-Geschäfte von Mio. USD 67 durch die UBS). Umgerechnet zu aktuellen Währungskursen am 31. Dezember 2012 ergeben sich Mio. EUR 319 vor und Mio. EUR 268 nach Verrechnung mit den Kündigungswerten aus den CDS-Verträgen durch die UBS (Vj.: Mio. EUR 318 vor Verrechnung), die weiteren Änderungen insbesondere aufgrund von Währungsschwankungen und gegebenenfalls Zinsen unterliegen. Rückstellungen für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen wurden, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig bei der KWL vorsorglich gebildeten Rückstellung, wie im Vorjahr nicht gebildet, da die KWL und die LVV nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristi-



schem Wege ausgehen. Das gilt auch in Ansehung des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig.

Die KWL weist die von der UBS gezahlten Prämien als Verbindlichkeit (unterstellte Rückzahlung an UBS) in Höhe von Mio. EUR 36,0 aus, obwohl bis zum endgültigen Ausgang der Prozesse offen bleibt, ob die Gesellschaft diesen Betrag tatsächlich rückerstatten muss.

Darüber hinaus sind LVV und KWL durch die von der Ratsversammlung der Stadt Leipzig am 25. Februar 2010 beschlossene Kapitalausstattungsvereinbarung (KAV) zwischen der Stadt Leipzig und der LVV im Falle eines Unterliegens vor Gericht abgesichert. In der KAV verpflichtet sich die Stadt Leipzig gegenüber der LVV, diese auf Anfordern der LVV unter bestimmten Voraussetzungen binnen zwei Wochen mit bis zu Mio. EUR 290,0 Kapital auszustatten, maximal jedoch in Höhe der allein aus den CDO-Geschäften der KWL herrührenden Belastungen. Die Kapitalausstattung erfolgt nur dann, wenn die KWL aus den CDO-Geschäften in Anspruch genommen wird und sie diese Inanspruchnahme jeweils nicht aus eigenen Mitteln begleichen kann. Aus Gründen der Rechtssicherheit hat die Stadt Leipzig die KAV über die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission vorsorglich angemeldet. Mit Schreiben der Europäischen Kommission vom 16. Juni 2011 hat diese mitgeteilt, dass es sich bei der KAV um keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Abs. 1 des Vertrages zur Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 60 Abs. 1 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum handelt. Die KAV wurde daraufhin durch die Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Leipzig unter

Auflagen und dem Vorbehalt des Widerrufs genehmigt. Hinsichtlich des Standes der Umsetzung der verfügbaren Auflagen ist die Stadt Leipzig gegenüber der Landesdirektion berichtspflichtig.

In Umsetzung der Auflagen hat die Stadt Leipzig als Gesellschafterin der LVV auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 25. Januar 2012 Gesellschafterbeschlüsse gefasst. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die Umsetzung des Konzeptes zur Weiterentwicklung der LVV als Managementholding, unter anderem zur Erzielung von ergebnisrelevanten nachhaltigen Kosteneinsparungen durch Synergien im LVV-Konzern, auf den strategischen Umgang und die Veräußerung von Geschäftsanteilen an Tochterunternehmen im Konzernverbund sowie die Analyse und Bewertung des im LVV-Konzern vorhandenen Anlagevermögens hinsichtlich der Betriebsnotwendigkeit. Zum Zweck der Risikovorsorge wären entsprechend den Auflagen der Landesdirektion bestimmte Beträge einer zweckgebundenen Geldanlage zuzuführen, soweit sie nicht für die Aufwendungen der LVV für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus dem VLFV oder für die vertragliche Tilgung von Darlehen benötigt werden.

Die KAV kann von jeder Partei unter Einhaltung einer Dreimonatsfrist gekündigt werden. Eine Kündigung ist jedoch nicht erfolgt. Aufgrund der Regelungen in einem bestehenden Darlehensvertrag liegt ein wichtiger Kündigungsgrund für den Darlehensvertrag vor, wenn die KAV nicht in der vereinbarten bzw. nicht in einer nachteilig veränderten Form während der Laufzeit des Darlehensvertrages Bestand hat, es sei denn, bei ausdrücklicher Zustimmung der Bank.

## 6.7 Wandel-Memory-Swap der KWL

Die KWL hat im Jahr 2008 einen sogenannten Wandel-Memory-Swap abgeschlossen. Er diente als Ersatz für einen anderen Swap der KWL, der zu diesem Zeitpunkt einen negativen Zeitwert aufwies. Im Zuge des Wechsels der KWL-Geschäftsführung im Jahr 2010 hat die KWL den Wandel-Memory-Swap umfänglich von unabhängigen Sachverständigen prüfen lassen. Die Untersuchung ergab, dass es sich dabei um ein hochspekulatives, derivatives

Finanzinstrument handelt, welches für die KWL nicht kalkulierbare Risiken enthält und für den von der KWL avisierten Zweck (Zinssicherung) völlig ungeeignet ist. Da der Wandel-Memory-Swap der KWL bankenseitig zur Verbesserung der Zinsstrategie empfohlen wurde, hat die KWL den Abschluss im Dezember 2010 wegen arglistiger Täuschung angefochten und (hilfsweise) Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Die KWL reichte am 28. Dezember



2010 Klage gegen die Bank am Landgericht Stuttgart ein, in deren Zuge die Nichtigkeit des Vertrages infolge der erklärten Anfechtung festgestellt und die an die Bank gezahlten Beträge erstattet werden sollen. Zuvor war vergeblich versucht worden, eine vergleichsweise Lösung mit der Bank zu erzielen. Am 17. April 2012 hat eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Stuttgart stattgefunden, in deren Folge das Gericht einen Beweisbeschluss zur Feststellung der Höhe des der KWL entstandenen Schadens (Einholung eines Sachverständigengutachtens) erlassen hat.

Der von der Bank ermittelte indikative Wert zum 28. Dezember 2012 lag bei Mio. EUR –37,2 (zuzüglich nicht gezahlter Zinsen nach Klageerhebung von Mio. EUR 12,2). Für die gerichtliche Auseinandersetzung bestehen nach Einschätzung der die KWL vertretenden Anwälte gute Erfolgchancen. Zur Abdeckung der Prozessrisiken besteht eine Rückstellung, die mit Mio. EUR 6,6 bewertet wurde.

## 6.8 Cross-Border-Leasing-Transaktionen (CBL-Transaktionen)

Im Hinblick auf die abgeschlossenen CBL-Transaktionen der KWL und LVB wird ein systematisches Vertragscontrolling durch die Gesellschaften und die Stadt Leipzig durchgeführt. Um mögliche Risiken jederzeit abschätzen zu können, war im Geschäftsjahr 2012 neben internen Überwachungen auf vertraglicher Basis ein Dritter mit der Vertragsüberwachung beauftragt. Im Zuge der allgemeinen Finanzkrise wurde die kontinuierliche Prüfung der Verträge intensiviert. In diesem Zusammenhang finden zur Risikosteuerung und -minimierung regelmäßige Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Zur Abdeckung der im Rahmen der Mietverträge vorgesehenen Zahlungen für die laufenden Mieten und Kaufoptionspreise wurden Teile der von den US-Investoren erhaltenen Mietvorauszahlungen in Deckungsgeschäften angelegt.

Im Rahmen der Trinkwassertransaktion im Jahr 2003 wurden von der Stadt Leipzig zwei Deckungsgeschäfte inklusive dazugehöriger Erfüllungsübernahmevereinbarungen vorgenommen. Dabei wurden Anleihen der MBIA Global Funding LLC (MBIA) und der General Electric Credit Corporation (GECC) erworben und an die Freshwater (2002) Ltd. veräußert, die die Zahlungen auf der Grundlage von Erfüllungsübernahmeverträgen an den Trust als Vermieter zu leisten hat, soweit sie Zahlungen aus diesen Anleihen erhält. Nach Herab- und Herauf-

stufung weist die MBIA derzeit ein Rating von B (Standard & Poor's), die GECC ein Rating von A1 (Moody's) aus. Es liegen in Würdigung der Transaktion keine akuten Ausfallrisiken vor. Grundsätzlich trägt die Stadt Leipzig das Ausfallrisiko dieser beiden Anleihen. Ein Risiko der KWL aus Freistellungsansprüchen der Stadt Leipzig ist jedoch nicht vollständig ausgeschlossen.

Am 16. November 2011 stuft die Ratingagentur Moody's zahlreiche deutsche Landesbanken herab. Die LBBW, welche in der Klärwerketransaktion der KWL als Avalbank fungiert, wurde von Moody's dabei von Aa2 auf ein A2-Rating und am 6. Juni 2012 auf ein A3-Rating heruntergestuft. Die Klärwerketransaktion wurde in einem Zeitraum abgeschlossen, in dem jegliche Geschäfte mit Landesbanken von der unbeschränkten Gewährträgerhaftung profitierten (Grandfathering). Das Aaa-Rating für die LBBW mit Gewährträgerhaftung wurde am 25. November 2011 durch Moody's bestätigt.

Bei den LVB sind die Risiken aus CBL-Verträgen aufgrund der vorzeitigen Ablösung der drei verbliebenen US-CBL-Transaktionen im Vorjahr deutlich vermindert. Es besteht noch ein CBL-Geschäft mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB (SEB), welches im Rahmen des CBL-Controllings überwacht wird.

Die KWL und die LVB sehen zum Berichtszeitpunkt kein akutes Ausfallrisiko in Bezug auf die CBL-Transaktionen.





## 6.9 Operative Risiken

Mögliche Ausfallrisiken ergeben sich im Konzern hauptsächlich aus Geschäften mit Endkunden und Handelspartnern sowie Finanzierungsgeschäften. Im Endkundengeschäft wird Ausfallrisiken mit einem wirkungsvollen Forderungsmanagement begegnet. Für einen Vertragsabschluss ist die Bonität der mittelständischen Geschäfts- bzw. Großkunden, die laufend überwacht wird, Voraussetzung. Im Energiegroßhandel wird das Ausfallrisiko bei Handelspartnern durch kundenbezogene Limite begrenzt, wobei Bonität sowie Angemessenheit und aktuelle Auslastung der Limite ständig überwacht werden. Um die Kreditrisiken im außerbörslichen Handel zu begrenzen, werden vornehmlich standardisierte Verträge der European Federation of Energy Traders (EFET) verwendet.

Im Energieversorgungsbereich werden darüber hinaus Risiken aus zunehmenden Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erwartet. Der Beobachtung der energiepolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen wird deshalb besondere Bedeutung beigemessen.

Die hohe Marktdynamik auf den Beschaffungsmärkten und die Wettbewerbsentwicklung auf den Absatzmärkten führen zu Preis- und Mengenrisiken, denen auch der Konzern ausgesetzt ist. Weiterhin führen die aus der Energiewende resultierenden Veränderungen zu nennenswerten Preisschwankungen auf den Großhandelsmärkten und induzieren neue Preisentwicklungen. Die volatilen Preisbewegungen auf den Großhandelsmärkten können unter Umständen nicht immer unverzüglich an die Endkunden weitergegeben werden.

Darüber hinaus unterliegen die Geschäfte einem Marktpreisrisiko. Dieses Risiko umfasst die Marktwertschwankungen von Handelsprodukten und Verträgen aufgrund der Veränderung von spezifischen, den jeweiligen Produkten und Verträgen zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren.

Der Wert der Portfolien im Eigenhandel und Portfoliomanagement ist einem Strom- und Gaspreisrisiko aus offenen Positionen ausgesetzt. Die Wärmeverträge sowie auch die bilateralen mittelfristigen Gas-

verträge haben ölpreisgebundene Preise, woraus ein Ölpreisrisiko resultiert. Zur täglichen Überwachung des Marktrisikos der offenen Positionen der einzelnen Portfolien werden unter anderem ein Value-at-Risk-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen und Stresstests verwendet.

Dem Risiko aus fallenden Spreads für konventionelle Erzeugungsanlagen konnte durch Optimierung des Anlageneinsatzes sowie Vermarktung am Terminmarkt teilweise entgegengewirkt werden. Ferner werden Maßnahmen zur weiteren Flexibilisierung der Anlagen geprüft, sodass diese zukünftig weiteres Ergebnispotenzial im Minutenreservemarkt erschließen können.

Die regulatorischen Risiken werden in den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes, in den Verordnungen, insbesondere der Anreizregulierungs- und den Netzentgeltverordnungen, in den Festlegungen und Bescheiden der BNetzA und den daraus resultierenden künftigen Absenkungspfaden der Erlösobergrenzen für Netzentgelte sowie in neuen, zum Zeitpunkt der Basisjahre für die Entgeltgenehmigungen nicht bekannten Aufgaben und damit verbundenen Kosten gesehen. Diese Risiken haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnisse im Netzbereich. Aus diesem Grund sind eine kontinuierliche Beobachtung der energierechtlichen Rahmenbedingungen und die aktive Mitarbeit in den energiewirtschaftlichen Branchenverbänden unablässig.

Durch die Entkopplung von Erlösen und Kosten bestehen Chancen und Risiken hinsichtlich der Erschließung von Effizienzpotenzialen. Mit Inkrafttreten der Anreizregulierungsverordnung wurden zunächst stabile Rahmenbedingungen für die Erlösseite geschaffen. Demgegenüber wird sich der Effizienzdruck auf die Netzbetreiber weiter verschärfen. In der zweiten Regulierungsperiode, die für Gas ab dem Jahr 2013 und für Strom ab dem Jahr 2014 beginnt, wird auf der Grundlage einer erneuten Kostenprüfung für das Ausgangsniveau der Erlösobergrenze und der Festlegung neuer Effizienzwerte mit einem Absinken der jeweiligen Erlösobergrenzen gerechnet.



Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung ergeben sich Erlösrisiken aus noch nicht ausverhandelten Vereinbarungen zur Berechnung von Vorhaltekosten für die Bereitstellung von Löschwasser, daneben Forderungsausfallrisiken, Beschaffungsrisiken und technische Risiken aus dem Betrieb der Anlagen. Aufgrund der Betrachtungen des Asset Managements sowie der Ergebnisse von zustandsorientierten Auswertungen zum Kanalsanierungsbedarf ist kurz- bis mittelfristig mit einem höheren Investitionsbedarf zu rechnen. Begleitend entstehen Mehraufwendungen für zustandserhaltende Reparaturen. Die genaue Höhe und der zeitliche Verlauf, die Entwicklung der Bedarfe sowie die Auswirkungen auf die Entwicklung der mittel- und langfristigen Unternehmenskennzahlen werden gegenwärtig unter Anwendung eines Planungs- und Simulationstools untersucht. Die Ergebnisse bilden die Rahmenbedingungen für zukünftige Wirtschaftsplanungen.

Im Verkehrsbereich wurde die im Geschäftsjahr 2009 vorgenommene Neufassung der Finanzierungsstruktur der LVB, die aufgrund der EU-rechtlichen Änderungen und Neuregelungen zur Vergabe und Finanzierung von Verkehrsleistungen notwendig war, unverändert angewandt. Mit dem Betrauungsbeschluss der Stadt Leipzig vom 28. Oktober 2009 ist die Leistungserbringung der LVB zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖPNV konkretisiert worden. Der an die Rechtsentwicklung angepasste VLFV entspricht in seinen wesentlichen Grundzügen den bisherigen Regelungen unter Berücksichtigung EU-rechtlicher Vorgaben. Er läuft bis 2028 und beinhaltet auch die Absenkung der Zuschüsse an die LVB von Mio. EUR 50,0 im Jahr 2010 bis auf Mio. EUR 45,0 für die Jahre 2012 ff.

Neben der Verringerung der Ausgleichszahlungen aus dem VLFV werden im Verkehrsbereich eine Unterfinanzierung aus den Verkehrsbedienungsverträgen mit dem Landkreis Leipziger Land aufgrund eines vom Kreistag des Landkreises Leipzig beschlossenen neuen Verfahrens zur Ermittlung der Ausgleichszahlungen für den Ausbildungs- und Schülerverkehr, Kürzungen bzw. Wegfall von Fördermitteln für den schienengebundenen ÖPNV sowie Preisrisiken, insbesondere für den Fahrstrom- und Dieselkraftstoffbezug, erwartet.

Zahlungen der LVV an die LVB im Rahmen des VLFV sowie Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen können auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, soweit entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der LVV als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des LVV-Konzerns zur Verfügung stehen.

In der Wirtschaftsplanung der LVV für das Geschäftsjahr 2013 ist zum Zeitpunkt der Vorlage aufgrund von Sondereffekten noch eine Unterdeckung hinsichtlich der konzerninternen Finanzierung der Verkehrsleistungen der LVB prognostiziert. Die Wirtschaftspläne der LVV sowie der Tochtergesellschaften wurden daher unter der Auflage genehmigt, dass die Geschäftsführung der LVV dem Aufsichtsrat und dem Gesellschaftervertreter spätestens bis zum 30. Mai 2013 ein Maßnahmenpaket zur Kompensierung bzw. Minimierung dieser Deckungslücke vorlegt. Nach dem Beschluss der Ratsversammlung RBV-1112/12 vom 25. Januar 2012 ist in Umsetzung der Eigentümerziele für den LVV-Konzern die gegenüber der LVB zu leistende Fehlbetragsfinanzierung nach dem VLFV vollständig konzernintern sicherzustellen. Die Geschäftsführung der LVV hat ein Maßnahmenpaket zur Umsetzung der erteilten Auflage erarbeitet und in der Aufsichtsratssitzung vom 24. Mai 2013 vorgestellt. Eine abschließende Erörterung von Maßnahmen und Erteilung einer Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung ist in der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 10. Juli 2013 vorgesehen.

Für das Projekt Technisches Zentrum Heiterblick besteht das Risiko einer Erhöhung der Baukosten. Die aktuelle Hochrechnung weist unter Berücksichtigung der identifizierten und bewerteten Risiken für die Projektkosten ein Volumen von Mio. EUR 54,0 aus. Dies unterstellt auch das Wirksamwerden einer optimierten Projektsteuerung. Die erwarteten Steigerungen gegenüber dem Projektbudget von Mio. EUR 8,4 ergeben sich unter anderem aus Kosten für Altlasten, aus gestörtem Bauablauf und aus Nachträgen. Diese Mehrkosten sollen so ausgeglichen werden, dass sich die Verschuldung der LVB gegenüber der Planung nicht erhöht. Zur Gegensteuerung wurden die Projektstruktur gestrafft und Veränderungen umgesetzt. Darüber hinaus werden



Leistungspositionen bezüglich möglicher Ansprüche validiert und Kostensenkungspotenzial ermittelt und umgesetzt.

Im Geschäftsjahr 2012 waren keine den Fortbestand des Konzerns oder der wichtigen Tochtergesellschaften gefährdende Risiken zu verzeichnen.

Chancen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung vor allem in der Vertiefung der Zusammenarbeit der Konzernunternehmen und der Optimierung der Konzernstruktur zur Erschließung weiterer Synergie- und Effizienz-

potenziale, besonders im Rahmen der bereits in der Wirtschaftsplanung verarbeiteten Effekte des Projektes „LVV 2015 – Leipzig vereint versorgen“, sowie in der gezielten Analyse und Optimierung des Beteiligungsportfolios einschließlich der Veräußerung von Beteiligungen zur Entschuldung des Konzerns. Darüber hinaus werden die Maßnahmen zur Optimierung der Geschäftsprozesse in den Tochterunternehmen der LVV fortgesetzt. Die steuerliche Optimierung wird entsprechend der Rechtentwicklung und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten weitergeführt.

## 7 PROGNOSEBERICHT

Am 25. Januar 2012 stimmte die Ratsversammlung der Stadt Leipzig einer umfangreichen Beschlussvorlage zu, mit der die LVV gestärkt werden soll, um auch in Zukunft die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können. Der seit 2008 laufende Ausbau der LVV zu einer Managementholding wird demzufolge konsequent fortgesetzt. Entsprechend der Aufgabe der LVV soll das Beteiligungsportfolio zukünftig noch stärker auf die Daseinsvorsorge fokussiert werden.

Mit den wachsenden Anforderungen an den LVV-Konzern steigen die Anforderungen an die Aufsichtsgremien und die Geschäftsführung der LVV sowie der Tochtergesellschaften auch im Hinblick auf ihre Überwachungs- und Steuerungsaufgaben. Dem wurde unter anderem durch die Einführung eines konzernweiten Finanzmanagements, einer Konzernrevision, eines Konzernrechnungswesens und einer Konzernkommunikation Rechnung getragen. Diese Funktionen wurden im Geschäftsjahr 2012 weiter gestärkt. Darüber hinaus wurden weitere Steuerungsfunktionen wie Personalstrategie und IT-Strategie implementiert. Zudem werden die Inhalte des Beteiligungsmanagements und der Konzernplanung aktualisiert und weiter zielkonform ausgebaut.

Gegenwärtig konzentriert sich die LVV-Geschäftsführung vor allem auf den weiteren Ausbau der LVV zu einer Managementholding und die Erschließung von Synergien und Effizienzverbesserungen im Kon-

zern. Dazu werden umfangreiche Konzernprojekte bearbeitet. Diese werden anschließend, gestützt durch die angepasste Mehrjahresplanung, umgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist die Geschäftsführung zuversichtlich, im Geschäftsjahr 2013 sowie mittelfristig eine Stabilisierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu erreichen.

Um die Handlungsfähigkeit, insbesondere die Investitionskraft, des LVV-Konzerns zu erhalten, haben die Geschäftsführungen der LVV-Unternehmen Anfang des Jahres 2012 einen Prozess der Neuausrichtung des LVV-Konzerns eingeleitet. Ziel ist es, neben dem Ausbau der LVV zu einer Managementholding, durch Synergieerschließung über die Beteiligungsunternehmen ab 2015 nachhaltig Mio. EUR 10 ergebniswirksame Kosteneinsparungen zu realisieren. Damit entspricht die Geschäftsführung der LVV den Anforderungen ihres Gesellschafters Stadt Leipzig.

Da dieser Prozess nur im Zusammenwirken der Konzernunternehmen und deren Beschäftigten erfolgreich sein kann, wurde mit den Geschäftsführungen der Konzernunternehmen und den Arbeitnehmervertretern zusammen eine Projektstruktur aufgesetzt, die sich in den vergangenen Monaten als wirksam erwiesen hat. Der Prozess konnte weitestgehend aus eigener Kraft und mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestritten werden, die zum Teil erstmalig in dieser Konstellation zusammen arbeiteten. Die kulturellen Unterschiede



erfahren in der Projektarbeit eine besondere Aufmerksamkeit.

Bis Ende des Jahres 2012 konnte durch die Arbeit von elf Projektgruppen ein Potenzial von Mio. EUR 7,6 bis Mio. EUR 11,2 aufgezeigt werden. Diese Vorschläge haben noch unterschiedliche Reifegrade und Wirkungszeitpunkte und müssen weiter untersetzt werden. Eine wesentliche Aufgabe wird es dann auch sein, weitere Potenziale aufzuzeigen, um einen finanziellen Korridor von Mio. EUR 13,0 bis Mio. EUR 15,0 zu erreichen. Alle Geschäftsführer der LVV und der Beteiligungsunternehmen haben sich dazu verpflichtet und sind überzeugt, dieses Ziel umzusetzen.

Die energiepolitischen Bedingungen für das Jahr 2013 werden voraussichtlich maßgeblich durch die Umsetzung der Ergebnisse zur Erneuerung des Energiemarktdesigns und den politischen Wettbewerb anlässlich der Bundestagswahl geprägt. Um die Marktintegration erneuerbarer Energien voranzutreiben, wird es eine grundlegende Anpassung des Marktdesigns geben. Außerdem stehen neben der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes die mögliche Neuausrichtung des europäischen Emissionszertifikatehandels, die Energieeffizienzrichtlinie, die Finanzmarktregulierungen im Energiehandelsbereich sowie die regulierungspolitischen Vorgaben zum Ausbau der Verteilnetze auf der Agenda. Die nach Anzahl und Höhe zunehmenden Energiepreismulden erhöhen den Energieendkundenpreis in erheblichem Umfang.

Ziel der SW Leipzig wird es sein, auf Basis einer starken regionalen Positionierung weiterhin zu den bedeutenden unabhängigen kommunalen Energiedienstleistern zu gehören. Daher wird in den kommenden Jahren intensiv das strategische Ziel verfolgt, den Ausbau der regenerativen und konventionellen Erzeugungskapazitäten im Erzeugungssportfolio voranzutreiben sowie mit einem wettbewerbsfähigen Energievertrieb die eigene Marktposition zu stärken.

Im Geschäft Erzeugung liegen für das Jahr 2013 die Schwerpunkte auf der weiteren Flexibilisierung des GuD-Kraftwerkes sowie auf dessen Qualifizierung für eine neuerliche KWK-Förderung. Bei den Biomasseanlagen liegt das Hauptaugenmerk auf der

Verbreiterung der Beschaffungsbasis um weitere Holzarten und -qualitäten. Daneben wird die Vermarktung der Biomasse- und Windenergieanlagen über das Marktprämienmodell forciert.

Die geplanten Beteiligungen an weiteren Erzeugungsanlagen für erneuerbare und konventionelle Energie sollen dazu beitragen, die Absatz- und Handelspositionen des Energiehandels durch eine entsprechende Höhe und Flexibilität der installierten Leistung abzusichern. Erstmals wird hier auch die Entwicklung eigener Windprojekte forciert. Ferner wird mit dem Zubau von Heißwassererzeugern die Fernwärmeversorgung im Stadtgebiet für die Folgejahre abgesichert.

Der Schwerpunkt im Großhandel liegt neben der Steuerung und Optimierung der Beschaffung aller Energieträger für die SW Leipzig auch weiterhin auf dem Ausbau der Märkte. Ziel ist die Erhöhung der Liquidität im Handel und die Risikostreuung auf verschiedene Marktplätze bei Steigerung der Rendite.

Als Energieversorger vor Ort entwickeln die SW Leipzig ständig ihre Angebote weiter, um den Kunden attraktive Vorteile bieten zu können. Für das Jahr 2013 gilt es, das Produkt- und Serviceangebot weiter auszubauen und zu stabilisieren. So nehmen die SW Leipzig Anfang 2013 eine umfangreiche Systemumstellung vor, bei der alte IT-Systeme durch ein neues, in die bestehende SAP-Landschaft integriertes CRM-Modul ersetzt werden. Damit passen sich die SW Leipzig an die geänderten Marktbedingungen an und sind auch auf künftige Veränderungen vorbereitet.

Das Projekt Mobilisierung Großkundenvertrieb hat vorbereitende Maßnahmen für die Intensivierung des Großkundengeschäftes 2013 definiert und getroffen. Diese sind zum Beispiel Vertriebsplanung und -reporting, Aufbau eines alternativen Vertriebskanals und die Optimierung des Angebotsprozesses. Im Jahr 2013 werden diese Maßnahmen weiter umgesetzt und entsprechende vertriebliche Aktionen im Großkundensegment durchgeführt.

Im Segment Netze wird im Planungszeitraum mit Beginn der zweiten Regulierungsperiode mit sinkenden zulässigen Erlösen gerechnet. Der Grund



dafür liegt in der erneuten Kostenprüfung und dem Effizienzvergleich zur Festlegung der Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode (Gas: 2013 bis 2017, Strom: 2014 bis 2018). Die sinkenden Einnahmen führen auch zu verminderten Jahresergebnissen im Geschäft, da Kostensenkungsmaßnahmen nur teilweise kompensierend wirken. Zum 1. Januar 2013 wurde die bisherige Netzgesellschaft in eine sogenannte große Netzgesellschaft umgewandelt.

Die KWL geht für das Jahr 2013 von einer positiven Geschäftsentwicklung aus. Bezogen auf ihre Tätigkeit im Kerngeschäft stellt sich die KWL auf sich ändernde Rahmenbedingungen ein und erwartet stabile Erträge. Die Geschäftsführungen der LVV und KWL betrachten die von den ehemaligen Geschäftsführern der KWL unterzeichneten CDO-Verträge weiterhin als nichtig bzw. unwirksam und/oder nicht vollstreckbar und/oder nicht durchsetzbar. Weiterhin gehen LVV und KWL auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Fakten davon aus, sämtliche aus diesen Geschäften resultierenden Forderungen auf juristischem Wege abzuwehren. In dieser Haltung wird die KWL ausdrücklich von ihren Gesellschaftern sowie der Stadt Leipzig unterstützt. Das gilt auch in Ansehung des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichts Leipzig. Abgesehen von den Aufwendungen für Rechtsberatung, Gutachten, Prozesskosten, vorsorgliche Rückstellungsbildung und Prämienrückzahlung gehen LVV und KWL aus heutiger Sicht nicht von weiteren Belastungen der Ertragslage aus den betreffenden Geschäften aus.

Zum anderen werden sich die internen Maßnahmen zur Effizienzoptimierung der KWL positiv auf die Ertragslage auswirken. Die durch Effizienzmaßnahmen entstandenen Kostenüberdeckungen hat die KWL in ihren Planungen abgebildet. Zum 1. Januar 2012 konnte das Unternehmen diese gemäß den Vorgaben des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in ihren neuen Preisen an die Kunden weitergeben. Durch die geänderte Preisgestaltung wurden 96,0 % der Kunden entlastet.

Um die Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Bereich der Wasserversorgung bzw. Abwasserbehandlung weiter zu steigern, hat die KWL-Geschäftsführung den Prozess zur unternehmensweiten Prüfung und

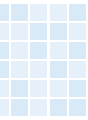
Umsetzung von Effizienz- und Wirtschaftlichkeitspotenzial fortgeführt. Oberstes Prinzip ist dabei, heute und künftig die einwandfreie und gesicherte Versorgung mit Trinkwasser sowie die umweltgerechte Entsorgung des Abwassers zu gewährleisten.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten im Verkehrsbereich steht die im Jahr 2011 begonnene Erarbeitung einer neuen Unternehmensstrategie. Ausgehend von der Vision „Fokus 25 – Moderne Mobilität für Leipzig“ (Fokus 25), werden die LVB schrittweise weiter zu dem Mobilitätsdienstleister für die Menschen in Leipzig und Umgebung entwickelt.

Um zukünftig unter wachsendem Kostendruck hochwertige Verkehrsleistungen zu bezahlbaren Preisen anbieten zu können, wird die kontinuierliche Optimierung der Strukturen und Prozesse fortgesetzt. Im Rahmen der Strategie „Fokus 25“ wurde ein neues Steuerungsmodell für die LVB-Gruppe entwickelt, mit dem die Steuerung der LVB-Gruppe auf die integrierte Wertschöpfung ausgerichtet wird. Optimierungsprojekte für die fünf definierten Kernprozesse Marketing, Angebot, Fahrzeuge, Infrastruktur und Fahrservice wurden initiiert.

Der Realisierung des Liegenschaftskonzeptes und vor allem dem Projekt Technisches Zentrum Heiterblick kommt auch im Geschäftsjahr 2013 eine außerordentliche Bedeutung zu. Beginnend mit dem Jahr 2014 sollen die Sanierung des Betriebshofes Dölitz und in einer folgenden Stufe in Heiterblick der Neubau der Betriebswerkstatt, der Abstellhalle sowie der Außenanlagen und die Sanierung des Verwaltungsgebäudes sowie der alten Hauptwerkstatt erfolgen. Damit bauen die LVB das Technische Zentrum Heiterblick stufenweise zum Hauptstandort der modernen und effizienten Instandhaltung von Straßenbahnen in Leipzig aus.

An der Umsetzung des Fahrzeugkonzeptes wird auch in den folgenden Geschäftsjahren, insbesondere bei der Buserneuerung, konzentriert weitergearbeitet. Der aktuelle Zustand der Busflotte macht eine Ersatzinvestition in den Jahren 2013 bis 2017 zwingend erforderlich. Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für das Buskonzept konnte nachgewiesen werden, dass die Instandhaltungsaufwendungen der zum Austausch vorgesehenen Fahrzeuge mittlerweile eine kritische Größe



überschreiten. Andere wichtige Investitionsprojekte der kommenden beiden Geschäftsjahre sind die Maßnahmen zum weiteren Ausbau der Stadtbahntrecken. Dazu zählen im Geschäftsjahr 2013 vor

allem die Baumaßnahmen in der Lützner Straße und in der Bornaischen Straße sowie die Vorbereitungen für den Umbau der Karl-Liebknecht-Straße, die unmittelbar den Fahrgästen zugutekommen.

## 8 VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

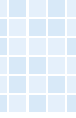
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres, die nicht bereits im Konzernabschluss 2012 sowie im Konzernlagebericht 2012 Erwähnung fanden, sind nicht zu verzeichnen.

Leipzig, den 21. Juni 2013

Geschäftsführung

Josef Rahmen

Volkmar Müller





# KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

## LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

Aktiva	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	16.594	15.101
2. Geschäfts- oder Firmenwert	310	68
3. Geleistete Anzahlungen	8.971	4.694
	<b>25.875</b>	<b>19.863</b>
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	250.223	244.894
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.558.606	1.590.298
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.257	23.593
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	78.775	90.102
	<b>1.905.861</b>	<b>1.948.887</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.656	5.113
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	919	502
3. Beteiligungen	127.560	127.377
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.330	6.330
5. Sonstige Ausleihungen	565	576
	<b>141.030</b>	<b>139.898</b>
	<b>2.072.766</b>	<b>2.108.648</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Vorräte</b>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.228	23.596
2. Unfertige Leistungen	6.911	6.791
3. Geleistete Anzahlungen	1.494	911
	<b>32.633</b>	<b>31.298</b>
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	343.456	333.409
Erhaltene Anzahlungen	-158.701	-136.818
	<b>184.755</b>	<b>196.591</b>
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.286	2.103
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.302	1.351
4. Sonstige Vermögensgegenstände	62.590	84.057
	<b>251.933</b>	<b>284.102</b>
<b>III. Wertpapiere</b>		
Sonstige Wertpapiere	1.516	1.515
<b>IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>	<b>98.495</b>	<b>47.917</b>
	<b>384.577</b>	<b>364.832</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>5.295</b>	<b>8.088</b>
<b>D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG</b>	<b>968</b>	<b>1.115</b>
	<b>2.463.606</b>	<b>2.482.683</b>





<b>Passiva</b>	<b>31.12.2012</b>	<b>31.12.2011</b>
	TEUR	TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	512	512
II. Kapitalrücklage	97.043	152.874
III. Gewinnrücklagen	31.012	31.012
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-2.668	-7.323
V. Konzernbilanzverlust	-160.043	-166.092
VI. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	89.468	85.298
	<b>55.324</b>	<b>96.281</b>
<b>B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	<b>162.641</b>	<b>163.344</b>
<b>C. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Überlassung von Gegenständen des Anlagevermögens</b>	<b>574.935</b>	<b>590.158</b>
<b>D. Sonderposten für Baukostenzuschüsse</b>	<b>108.654</b>	<b>108.480</b>
<b>E. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	25.890	25.335
2. Steuerrückstellungen	20.693	24.137
3. Sonstige Rückstellungen	368.171	246.334
	<b>414.754</b>	<b>295.806</b>
<b>F. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	668.512	688.848
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.152	14.217
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	137.148	156.013
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.470	5.064
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.099	1.378
6. Sonstige Verbindlichkeiten	307.860	341.178
davon aus Steuern: TEUR 9.423 (Vj. TEUR 13.986)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 273 (Vj. EUR 464)		
	<b>1.125.241</b>	<b>1.206.698</b>
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>18.532</b>	<b>17.335</b>
<b>H. Passive latente Steuern</b>	<b>3.525</b>	<b>4.581</b>
	<b>2.463.606</b>	<b>2.482.683</b>



# KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

## FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2012; LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
1. Umsatzerlöse	4.379.791	4.419.445
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	834	1.465
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	10.177	10.716
4. Sonstige betriebliche Erträge	121.172	114.930
	<b>4.511.974</b>	<b>4.546.556</b>
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.860.213	3.914.460
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	59.363	69.010
c) Abwasserabgabe	2.176	2.507
	<b>3.921.752</b>	<b>3.985.977</b>
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	177.239	183.882
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: TEUR 3.195 (Vj. TEUR 3.267)	36.693	38.005
	<b>213.932</b>	<b>221.887</b>
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	142.373	142.899
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0	236
c) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG	146	263
	<b>142.519</b>	<b>143.398</b>
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	160.032	146.617
	<b>73.739</b>	<b>48.677</b>
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 537 (Vj. TEUR 23)	1.659	4.863
10. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	417	480
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	425	676
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	397	376
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 17 (Vj. TEUR 6)	3.022	5.628
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	424	202
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.087	427
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen TEUR 23 (Vj. TEUR 31)	55.212	60.905
	<b>-50.803</b>	<b>-49.511</b>
<b>17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>22.936</b>	<b>-834</b>
18. Außerordentliche Erträge	0	19.687
19. Außerordentliche Aufwendungen	77.616	7.686
<b>20. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-77.616</b>	<b>12.001</b>
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus Veränderung latenter Steuern: TEUR -1.056 (Vj. TEUR -361)	2.933	21.747
22. Sonstige Steuern	3.116	3.266
23. Konzernjahresfehlbetrag	-60.729	-13.846
24. Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-3.324	-2.469
25. Konzernverlustvortrag	-166.092	-170.466
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	70.102	20.689
<b>27. Konzernbilanzverlust</b>	<b>-160.043</b>	<b>-166.092</b>



# KONZERNANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

## LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

### 1 GRUNDLAGEN

#### Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), zum 31. Dezember 2012 wurde nach den Vorschriften der §§ 290 ff. Handelsgesetzbuch (HGB), den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und den Bestimmungen des D-Markbilanzgesetzes (DMBiG) aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

### 2 KONZERNABSCHLUSSTICHTAG UND KONSOLIDIERUNGSKREIS

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichne- ten Kapital %	Eigen- kapital des Geschäfts- jahres TEUR	Ergebnis des Geschäfts- jahres TEUR
<b>1. Einbezogene verbundene Unternehmen</b>					
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	BSL	KWL	100,00	1.467	1.092 <sup>1</sup>
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	SW Leipzig LVB	90,00 10,00	25	0
ENDICO Sp. z o.o., Jelenia Góra, Polen <sup>2</sup>	ENDICO	SW Leipzig	100,00	2.240	103
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC	SW Leipzig	83,66	77.423	9.305
IFTEC GmbH & Co. KG, Leipzig	IFTEC	LVB LIBV	50,00 0,00	9.863	2.476
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	KWL	LVV	74,65	285.293	-64.234 <sup>3</sup>
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	LVB LSVB IFTEC	51,00 25,00 24,00	516	135
LAS GmbH, Leipzig	LAS	SW Leipzig	100,00	499	222 <sup>1</sup>
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	100,00	272	33



	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital des Geschäftsjahres TEUR	Ergebnis des Geschäftsjahres TEUR
<b>1. Einbezogene verbundene Unternehmen</b>					
Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, Leipzig	LSVB	LVB	100,00	354	1.887 <sup>1</sup>
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00	138.239	0 <sup>4</sup>
LeoBus GmbH, Zwenkau	LeoBus	LVB	100,00	2.165	199
LSI GmbH, Leipzig	LSI	BSL	100,00	657	204
LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH, Leipzig	LTB	LeoBus LVB	75,00 25,00	547	55
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	SW Leipzig	100,00	1.009	-7.594
RETIS Leipzig GmbH, Leipzig	RETIS	SW Leipzig	100,00	55	11.598 <sup>1</sup>
Sachsen Wasser GmbH, Leipzig	SAWA	KWL	100,00	435	83 <sup>1</sup>
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	SW Leipzig	LVV	100,00	250.060	74.548 <sup>1</sup>
Verkehrs-Consult Leipzig (VCL) GmbH, Leipzig	VCL	IFTEC	75,00	130	73
Zakład Energetyki Ciepłej STAR-PEC Sp. z o.o., Starogard Gdański, Polen <sup>2</sup>	STAR-PEC	GPEC	89,51	9.679	120
Zakład Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Tczew, Polen <sup>2</sup>	ZEC Tczew	GPEC	99,99	5.003	609

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital des Geschäftsjahres TEUR	Ergebnis des Geschäftsjahres TEUR
<b>2. Nicht einbezogene verbundene Unternehmen</b>					
GPEC Serwis Sp. z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2, 5, 6</sup>	GPEC Serwis	GPEC	100,00	2.838	605
IESI Vertriebsgesellschaft Energie und Wasser mbH, Leipzig <sup>6</sup>	IESI	KWL	100,00	19	0
Innvo Innovationsgesellschaft mbH & Co. KG, Leipzig <sup>5, 6</sup>	Innvo KG	Innvo GmbH SW Leipzig	0,00 100,00	637	-185
Innvo Innovationsgesellschaft-Management mbH, Leipzig <sup>5, 6</sup>	Innvo GmbH	SW Leipzig	100,00	30	0
Natur21 GmbH, Leipzig <sup>6</sup>	Natur21	SW Leipzig	100,00	25	14 <sup>1</sup>
Neue Linie GmbH, Leipzig <sup>5, 6</sup>	NL	LVB	90,00	10	0
Orchis Energia Sopot Sp. z o.o., Sopot, Polen <sup>2, 5, 6</sup>	Orchis	GPEC	65,12	1.562	137
PROMETHEUS – Gesellschaft für Erdgasanwendungsanlagen mbH, Leipzig <sup>5, 6</sup>	PROMETHEUS	SW Leipzig	51,00	90	6
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig <sup>6</sup>	Sportbäder GmbH	KWL	100,00	1.409	0
SWL Beteiligungs GmbH, Leipzig <sup>5, 6</sup>	SWL-B	SW Leipzig	100,00	51	0
SWL Polska Sp. z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2, 6</sup>	SWL Polska	SW Leipzig	100,00	187	5
Wasseraufbereitung Knautnaundorf GmbH, Leipzig <sup>5, 6</sup>	WAK	KWL	100,00	-3	-16
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig <sup>6</sup>	WGC	KWL	100,00	1.489	411 <sup>1</sup>



	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
			%	TEUR	TEUR
<b>3. Assoziierte Unternehmen</b>					
Biokraftwerk Managementgesellschaft mbH, Leipzig <sup>7,8</sup>	BioKW Mgt.	SW Leipzig	50,00	5	1
ennovatis GmbH <sup>5,7</sup>	Ennovatis	Innvo KG	25,11	-105	-1.782
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig <sup>7</sup>	EVIL	SW Leipzig	50,00	462	27
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau <sup>9</sup>	FEO	KWL	25,50	109.674	1.670
Heizkraftwerk Eutritzscher Straße GmbH & Co. KG i. L., Leipzig <sup>7</sup>	EuKG	SW Leipzig SWL-B	25,75 0,00	2.718	124
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig <sup>9</sup>	LIBV	LVB	50,00	26	1
Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale) <sup>5,7</sup>	Meter1 KG	Meter1 GmbH SW Leipzig	0,00 33,33	313	-458
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale) <sup>5,7</sup>	Meter1 GmbH	Meter 1 KG	33,33	26	1
PEM Consulting für Transport und Verkehr AG <sup>7,10</sup>	PEM	VCL	40,00	56	-20
Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) <sup>7</sup>	SGS	LSB	49,00	129	1
smartlux Lichtsteuerung GmbH, Leipzig <sup>7,11</sup>	smartlux	Innvo KG	49,00	-1.257	12
Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Erfurt <sup>7</sup>	VNG VuB	LVV	27,23	347	244
WEO GmbH & Co. KG, Nürnberg <sup>7</sup>	WEO GmbH & Co. KG	WEO GmbH SW Leipzig	0,00 33,33	0 <sup>12</sup>	-626
WEO Verwaltungs GmbH, Varel <sup>7</sup>	WEO GmbH	WEO GmbH & Co. KG	100,00	31	6

<sup>1</sup> Jahresergebnis vor Ergebnisabführung

<sup>2</sup> Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt

<sup>3</sup> Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichzahlung Minderheitsgesellschafter

<sup>4</sup> Jahresergebnis nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen und vor Ergebnisabführung

<sup>5</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011

<sup>6</sup> Verzicht auf Vollkonsolidierung gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

<sup>7</sup> Verzicht auf Equity-Bewertung gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

<sup>8</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

<sup>9</sup> Equity-Bewertung gemäß § 312 HGB

<sup>10</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2011

<sup>11</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

<sup>12</sup> nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten von TEUR 1.195

Aufgrund der Veräußerung der Anteile durch die SW Leipzig wurden die perdata Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Leipzig, zum 1. Januar 2012 und die HL komm Telekommunikations GmbH, Leipzig, zum 1. September 2012 entkonsolidiert.

Da die SWL Polska nicht mehr die Steuerungsfunktion für die polnischen Gesellschaften ausübt, wurde diese zum 1. Januar 2012 ebenfalls entkonsolidiert.

Am 8. Oktober 2012 wurde mit den Gesellschaftern SW Leipzig und LVB die gemeinsame Energie-



liefergesellschaft ELG errichtet. Diese Gesellschaft wurde zum 31. Dezember 2012 erstkonsolidiert. Der Konzernabschluss wurde auf den Stichtag

31. Dezember 2012 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

### 3 KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Erstellung des Konzernabschlusses der LVV wird auf Grundlage der Richtlinie für die Erstellung des Konzernabschlusses der LVV und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen vorgenommen.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode auf der Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- bzw. Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Die sich aus der Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ergebenden aktiven und passiven Unterschiedsbeträge werden in der Bilanz als gesonderte Posten ausgewiesen.

Der aktive Unterschiedsbetrag, der sich als positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung beim Mutterunternehmen und dem auf diese Beteiligung entfallenden Wert des Eigenkapitals des konsolidierten Unternehmens ergibt, wird nach Abzug aufgedeckter stiller Reserven gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard Nr. 4 unter den immateriellen Vermögensgegenständen als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen. Er wird über einen Zeitraum von vier Jahren, im Geschäftsjahr 2012 mit TEUR 65 abgeschrieben.

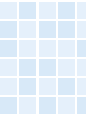
Der auf der Passivseite ausgewiesene passive Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung entsteht, wenn das anteilige Eigenkapital zum

Zeitpunkt der Erstkonsolidierung den Buchwert der Beteiligung übersteigt. Die aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung resultierenden passiven Unterschiedsbeträge wurden in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellt, soweit sie sich aus Gewinnthesaurierungen im Zeitraum zwischen der Anschaffung der Beteiligung und der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss ergeben. Soweit bestimmbar ist, dass der passive Unterschiedsbetrag nicht durch künftige Aufwendungen oder Verluste begründet ist, wird dieser in Höhe des Anteils, der die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen nichtmonetären Vermögensgegenstände nicht übersteigt, planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer der erworbenen abnutzbaren Vermögensgegenstände ergebniswirksam vereinnahmt. Ein etwaiger übersteigender Anteil wird zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung sofort als Ertrag vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Die Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen wurden in der Konzernbilanz gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert angesetzt.

Die Anteile am Jahresergebnis der assoziierten Unternehmen sowie andere erfolgswirksame Änderungen am anteiligen Eigenkapital werden als Veränderung der Beteiligungsbuchwerte gezeigt und im Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Der sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresüberschusses im Rahmen der Ergebnisfortschreibung der WEO GmbH & Co. KG ergebende negative Beteiligungsbuchwert von TEUR 391 wird in einer Nebenrechnung erfasst.



Für die Umrechnung der Bilanzposten der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse (Devisenkassamittelkurs) bzw. historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde

gelegt (Fremdwährungsumrechnung). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet.

## 4 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, wurden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Auch die im Konzernabschluss at Equity bewerteten Unternehmen stellen ihre Jahresabschlüsse grundsätzlich nach den einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzerns auf.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. In den Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Gemeinkosten enthalten. Abweichend zum Vorjahr werden ebenfalls Verwaltungsgemeinkosten aktiviert. Unentgeltlich übernommene Anlagegüter in den Vorjahren sind mit ihrem Verkehrswert angesetzt. Grundstückszugänge gemäß Vermögenszuordnungsgesetz sind mit einem pauschalen Bodenwert bilanziert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Darüber hinaus werden im Konzern außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen von insgesamt TEUR 2.492 berücksichtigt.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall EUR 410,00 nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und anschließend vollständig abgeschrieben.

Anlagegegenstände, welche in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten im Einzelfall über EUR 150,00 liegen und den Betrag von EUR 1.000,00 nicht übersteigen, wurden in einen Sammelposten eingestellt. Dieser Sammelposten wird über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Anteile an ausländischen Unternehmen wurden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Unverzinsliche Ausleihungen sind auf den Barwert abgezinst. Soweit erforderlich, wurden mit TEUR 424 Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt. Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden unter den Vorräten zum Erinnerungswert angesetzt. Entgeltlich erworbene Emissionszertifikate werden im Posten Vorräte zu Anschaffungskosten bilanziert. Soweit erforderlich, wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.





Die **unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Anzahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt. Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Sofern Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel bestehen, werden Saldierungen von Forderungen und Verbindlichkeiten vorgenommen.

Die **sonstigen Wertpapiere** des Umlaufvermögens sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Die Währungsumrechnung erfolgte zum Mittelkurs bei Anschaffung der Wertpapiere bzw. unter Beachtung des Imparitätsprinzips zum Mittelkurs.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nominalwert bilanziert. Fremdwährungsbestände mit einer Laufzeit von unter einem Jahr sind gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden für Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver **latenter Steuern** liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Die einbezogenen Unterschiede beziehen sich im Fall der LVV nicht nur auf eigene Bilanzposten, sondern auch auf solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Weiterhin

wurden latente Steuern auf Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen, berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte für die deutschen Gesellschaften mit einem unternehmensindividuellen kombinierten Ertragsteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) von rund 31,7 % bzw. bei zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes von 15,8 %, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet. Bei den polnischen Gesellschaften fand ein Steuersatz von 19,0 % Anwendung. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird im Rahmen der konzernerneinheitlichen Bilanzierung kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern beruhen neben Verlustvorträgen auf Ansatzunterschieden bei der LVV und den einbezogenen Tochterunternehmen. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Überlassung von Gegenständen des Anlagevermögens, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen, Finanzanlagen und der Inanspruchnahmen nur steuerlich zulässiger Sonderabschreibungen.

Die aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere zur Schuldenkonsolidierung, resultierenden **passiven latenten Steuern** (TEUR 3.525) wurden mit einem kombinierten Ertragsteuersatz von rund 31,7 % berechnet und entsprechend § 306 HGB bilanziert (gesonderter Posten der Passivseite der Konzernbilanz).

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.





Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungs-umrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz zum Stichtagskurs sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übertragenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände bzw. bei deren Abgang vollständig ertragswirksam aufgelöst werden.

Vereinnahmte Hausanschlusskostenbeiträge und ähnliche Zuschüsse werden im **Sonderposten für Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung beträgt 5,0 % für Baukostenzuschüsse bis zum 31. Dezember 2002. Für erhaltene Zuschüsse ab dem 1. Januar 2003 erfolgt die Auflösung über die Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Anlagen.

Für **Pensionszusagen, Jubiläumzahlungen und Altersteilzeitverpflichtungen** sowie für ausgewählte Personalrückstellungen sind Rückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 5,04 % bis 5,05 % p. a. gebildet worden. Die Bewertung erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode). Für die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden künftige Gehalts- und Rentenanpassungen beziehungsweise Aufwandssteigerungen von 0,0 % bis 5,0 % unterstellt.

Bei den polnischen Gesellschaften werden Rückstellungen für Altersgelder auf der Grundlage mathematischer Gutachten, in Anlehnung an IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Method) bei einem Rechnungszins von 4,2 % gebildet.

Soweit für die Pensionsverpflichtungen Rückdeckungsversicherungsverträge existieren, welche an die Pensionsanwärter bzw. Pensionäre verpfändet sind, werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet.

Ein Teil der Pensionsverpflichtungen (TEUR 661) ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet, da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung langfristiger Verpflichtungen aus Wertkonten dienen, sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert mit den entsprechenden Verpflichtungen ausgewiesen.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages bestimmter langfristiger Rückstellungen wurde jeweils ein angemessener Kostensteigerungsgrad berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Darüber hinaus werden unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate zum Erinnerungswert erfasst.

Gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Von der Möglichkeit, **Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F.** gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB zum Umstellungszeitpunkt auf die Neuregelungen des BilMoG beizubehalten, wurde Gebrauch gemacht.



Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

**Passive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden für Einnahmen, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag

darstellen, gebildet. Die aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften erzielten Barwertvorteile wurden passiv abgegrenzt. Sie werden über die jeweilige Vertragslaufzeit ergebniswirksam aufgelöst.

**Derivative Finanzinstrumente** werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

## 5 ANGABEN ZU POSTEN DER KONZERNBILANZ

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind in der Anlage zu diesem Konzernanhang dargestellt; die Gliederung richtet sich nach § 266 Abs. 2 i. V. m. § 265 Abs. 6 HGB.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse des Geschäftsjahres 2012 und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben.

Die **Vorräte** enthalten zum Bilanzstichtag insgesamt 365.278 Tonnen unentgeltlich zugewiesene rückgabepflichtige Emissionszertifikate der zweiten Handelsperiode (2008 bis 2012), die mit einem Erinnerungswert von EUR 1,00 angesetzt wurden (Marktwert zum 31. Dezember 2012: TEUR 2.455). Weiterhin enthalten die Vorräte entgeltlich erworbene Emissionszertifikate von 532.872 Tonnen EUAs (European Union Allowances – Emissionszertifikate, die im Rahmen des EU-Emissionshandelsystems gehandelt werden) mit einem Marktwert von TEUR 3.581, 59.425 Tonnen CERs (Certified Emission Reductions – Emissionszertifikate, die aus Clean-Development-Projekten generiert werden) mit einem Marktwert von TEUR 8 sowie 291.000 Tonnen ERUs (Emission Reduction Units – Emissionszertifikate, die aus

Joint Implementation Projekten generiert werden) (Marktwert zum 31. Dezember 2012: TEUR 35).

Alle entgeltlichen Emissionszertifikate (EUAs, CERs und ERUs) sind zu dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

In den **Forderungen aus Lieferungen** und Leistungen der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ables- und Bilanzstichtag von insgesamt TEUR 307.737 enthalten. Erhaltene Anzahlungen von TEUR 158.701 werden offen abgesetzt.

Von den **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** betreffen TEUR 395 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und TEUR 2.891 sonstige Vermögensgegenstände und von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen TEUR 1.302 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen Forderungen gegen das Finanzamt aus noch nicht fälligen Vorsteuern (TEUR 28.072) ausgewiesen.

Von den Forderungen haben TEUR 27 (Vj.: TEUR 62) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, TEUR 424 (Vj.: TEUR 465) der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und TEUR 3.346 (Vj.:



TEUR 528) der sonstigen Vermögensgegenstände eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten mit TEUR 21.180 (Vj.: TEUR 12.024) Forderungen gegen die Stadt Leipzig.

Die vorausgezählten Prämien für die Absicherung von Cross-Border-Leasing-Positionen (erworbene CDS-Geschäfte) und für Vermögensverwaltung wurden bis zum Geschäftsjahr 2011 als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** über die Laufzeit dieser Geschäfte abgegrenzt.

Da die Versicherungen gekündigt wurden, werden zum Bilanzstichtag lediglich noch die vorausgezählten Vermögensverwaltungsgebühren von TEUR 408 abgegrenzt. Diese werden jährlich und anteilig bis zum Jahr 2033 aufgelöst. Der CDS-Bestandwert

von TEUR 2.442 wurde in die sonstigen Vermögensgegenstände umgegliedert.

Weiterhin ist ein Damnum in Höhe von TEUR 98 (Vj.: TEUR 156) enthalten. Es wird über die Laufzeit von acht Jahren aufwandswirksam aufgelöst.

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG** betrifft die Rückstellung für Altlastensanierung. Es wurde im Geschäftsjahr 2012 mit TEUR 146 abgeschrieben.

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Die **Kapitalrücklage** entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Anfangsstand 1. Januar 2012	152.874
Einlage der Stadt Leipzig	14.271
Entnahme zum Verlustausgleich LVV	-70.102
<b>Endstand 31. Dezember 2012</b>	<b>97.043</b>

Im **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** von TEUR 89.468 sind hauptsächlich die Anteile des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land an der KWL, der Stadt Gdańsk an der GPEC sowie der Siemens AG an der IFTEC erfasst. Der im Ausgleichsposten verrechnete und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene und anderen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn beträgt TEUR 3.324.

Im Geschäftsjahr wurde der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** in Höhe von TEUR 728 aufgelöst. Dem stehen Zugänge in Höhe von TEUR 25 gegenüber.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** wurden mit TEUR 24.050 Zugänge sowie mit TEUR 3.431 Abgänge erfasst. Der Sonderposten wurde mit TEUR 35.797 ertragswirksam aufgelöst. Des Weiteren veränderte sich der Sonderposten aufgrund der Berücksichtigung von Währungsdifferenzen (TEUR 99).

Bei den **Baukostenzuschüssen** stehen Zugängen des Geschäftsjahres 2012 von TEUR 8.390 ertragswirksame Auflösungen von TEUR 7.449 und Abgänge von TEUR 768 gegenüber.

Die **Pensionsverpflichtungen** sind nach den Vorschriften des BilMoG bewertet und werden entsprechend § 246 Abs. 2 HGB mit dem korrespondierenden Aktivwert für abgeschlossene Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils TEUR 661.

Der im Geschäftsjahr 2012 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (TEUR 97) wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Verpflichtung (TEUR 19) saldiert.

Altersversorgungsansprüche eines ehemaligen kaufmännischen Geschäftsführers eines Tochterunternehmens, der zum 30. September 2008 aus den



Diensten der Gesellschaft ausgeschieden ist, sind derzeit in Prüfung.

Die **Steuerrückstellungen** berücksichtigen insbesondere mögliche Steuernachzahlungen für Vorjahre aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen.

Die **Altersteilzeitverpflichtungen und sonstigen Personalrückstellungen** (TEUR 15.856) werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände beläuft sich auf TEUR 9.018, der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt ebenfalls TEUR 9.018. Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellungen für diese Verpflichtungen beträgt TEUR 805, der Zinsertrag für das Geschäftsjahr TEUR 132. Daraus ergibt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Zinsaufwand von TEUR 673. Darüber hinaus wird der reguläre Zuführungsbetrag zu den Rückstellungen für diese Verpflichtungen im Personalaufwand ausgewiesen.

Aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertungsregeln für (langfristige) Rückstellungen wäre

eine Auflösung der Rückstellungen für Altlastenbeseitigung, Ansprüche nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz sowie Archivierung zum Übergangszeitpunkt 1. Januar 2010 erforderlich gewesen. Jedoch ist absehbar, dass dieser aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Daher wurde im Berichtsjahr vom Wahlrecht nach Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Auflösung wurde unterlassen. Zum 31. Dezember 2012 beläuft sich der Überdeckungsbetrag für die genannten Rückstellungen auf TEUR 765.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für Prozessrisiken (TEUR 100.806), für ungewisse Verbindlichkeiten (TEUR 95.634), für ausstehende Rechnungen (TEUR 44.809), für Abwasser- und Konzessionsabgaben (TEUR 44.039), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (TEUR 32.476), für Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für dinglich gesicherte Leitungsführungsrechte gemäß § 9 GBBerG (TEUR 24.535) sowie für die Beseitigung ökologischer Schäden (TEUR 17.032).

Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Art der Verbindlichkeit	Gesamt TEUR	Restlaufzeit			
		bis zu einem Jahr TEUR	bis zu einem Jahr (Vorjahr) TEUR	von einem bis zu fünf Jahren TEUR	über fünf Jahre TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	668.512	83.186	91.351	402.106	183.220
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.152	6.152	14.217	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	137.148	137.001	155.757	147	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.470	4.470	5.064	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.099	1.099	1.378	0	0
6. Sonstige Verbindlichkeiten	307.860	26.099	68.669	91.850	189.911
	<b>1.125.241</b>	<b>258.007</b>	<b>336.436</b>	<b>494.103</b>	<b>373.131</b>

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind TEUR 528.957 durch Beteiligungsbelas-

sungserklärung bzw. einfache Negativerklärungen und durch Forderungsabtretung sowie TEUR 13.805



durch Ausfallbürgschaften der Stadt Leipzig besichert. Die Währungspositionen aus den US Private Placement (Mio. USD 110,0) sind für die gesamte Laufzeit gegen Währungsrisiken des US-Dollars gesichert.

In den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** ist der Mietkauf von zwei Oberleitungsfahrzeugen enthalten (TEUR 248). Zur Besicherung der Mietkaufverbindlichkeiten wurden beide Fahrzeuge sicherungsübereignet.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen TEUR 400 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und TEUR 4.070 sonstige Verbindlichkeiten. Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten Verpflichtungen in Höhe von TEUR 237.846 aus der Gewährung eines Darlehens durch die Stadt Leipzig. Auf Grundlage der zwischen der Stadt Leipzig und der LVV am 29. Juni 2009 geschlossenen Rangrücktritts- und Kapitalbelastungsvereinbarung tritt die Stadt Leipzig mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen aus oder im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen, auch bedingten, befristeten oder gesetzlichen Ansprüche aller übrigen Gläubiger im Rang zurück. Die Stadt Leipzig verpflichtet sich weiter, während der Dauer der vorliegenden Vereinbarung das Gesellschafterdarlehen bei der LVV zu belassen. Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen sind bis zur Höhe eines im Konzernabschluss der LVV oder falls niedriger im Jahresabschluss der LVV ausgewiesenen positiven, freien Cash Flows zulässig, höchstens jedoch in Höhe eines künftigen Jahresüberschusses und begrenzt auf einzelne Jahreshöchstbeträge. Sämtliche Zahlungen auf das Gesellschafterdarlehen stehen unter der zusätzlichen Voraussetzung, dass die LVV ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten vollständig und fristgerecht nachkommen kann. Auf Grundlage des

Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 25. Januar 2012 wurde mit Datum vom 21. Dezember 2012/21. Januar 2013 eine Vereinbarung zwischen der Stadt Leipzig und der LVV zur Tilgungsaussetzung für die Jahre 2013 bis 2015 getroffen.

In Umsetzung des Ratsbeschlusses der Stadt Leipzig vom 11. November 2009 erklärt die Stadt Leipzig gegenüber der LVV in der am 1. April 2010 abgegebenen Freigabeerklärung, dass sie alle im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen bisher zu ihren Gunsten bestellten Pfandrechte an den Geschäftsanteilen der KWL und SW Leipzig vollständig und unbedingt freigegeben hat.

Unter der Annahme überwiegender Erfolgsaussichten, ungeachtet des nicht auszuschließenden Prozessrisikos, geht die Geschäftsführung bei der bilanziellen Behandlung der CDO-Transaktionen, mit Ausnahme der, im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig im Prozess der KWL gegen die LBBW, vorsorglich gebildeten Rückstellung von Mio. EUR 77,6, nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege aus. Die daraus erhaltenen Einzahlungen in Höhe von Mio. EUR 36,0 wurden daher als sonstige Verbindlichkeiten (Herausgabeanspruch) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten enthalten insgesamt mit TEUR 238.053 (Vj.: TEUR 247.390) **Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadt Leipzig**.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen Einnahmen aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften der KWL und LVB von TEUR 13.584, die über die Laufzeit ertragswirksam aufgelöst werden. Darüber hinaus werden unter anderem das Folgejahr betreffende Fahrgeldeinnahmen von TEUR 3.459 erfasst.



## 6 ANGABEN ZUR KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen TEUR 4.021.600 auf Energiegroßhandel und Energielieferungen, TEUR 119.279 auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, TEUR 92.748 auf Erträge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen, TEUR 18.423 auf Telekommunikationsdienstleistungen sowie TEUR 127.742 auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse.

Von den Umsatzerlösen des Konzerns entfallen TEUR 88.462 auf Energieverkäufe in Polen.

Die Umsatzerlöse enthalten periodenfremde Erlöse von TEUR 8.544.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten periodenfremde Erträge von TEUR 56.253.

Der **Materialaufwand** enthält periodenfremden Aufwand von TEUR 10.078.

In den **Abschreibungen** sind Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert von TEUR 65 und außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 2.492 enthalten.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind periodenfremde Aufwendungen von TEUR 14.270 enthalten.

Unter den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind TEUR 1.287 aus der Abzinsung von Rückstellungen und im Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind TEUR 4.751 aus der Aufzinsung von Rückstellungen enthalten. Darüber hinaus sind periodenfremde Zinsaufwendungen von TEUR 1.244 enthalten.

In den **außerordentlichen Aufwendungen** wurde die vorsorglich gebildete Rückstellung aufgrund des Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 im Rechtsstreit der KWL gegen die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) erfasst.

Die unter Berücksichtigung ertragswirksam aufgelöster latenter Steuerrückstellungen (TEUR –1.056) verbleibenden **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** betreffen im Wesentlichen Körperschaft- und Gewerbesteuer einschließlich Solidaritätszuschlag der im Konzern zur Steuer veranlagten Unternehmen.

## 7 ANGABEN ZUM JAHRESERGEBNIS

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Konzernjahresfehlbetrag von TEUR 60.729 ab. Unter Berücksichtigung des anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisses von TEUR 3.324,

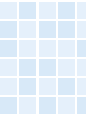
des Konzernverlustvortrages von TEUR 166.092 und den Entnahmen aus der Kapitalrücklage von TEUR 70.102 verbleibt ein Konzernbilanzverlust von TEUR 160.043.

## 8 EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

In der mit Datum vom 15. Dezember 2005 getroffenen Rahmenvereinbarung zum Cash Management ist die LVV als Betreibergesellschaft bestimmt. Der mit den Banken vereinbarte Gesamtverfügungsrahmen wird durch die gesamtschuldnerische Haftung der LVV, KWL, LVB und SW Leipzig gesichert.

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen über die Finanzlage im Konzernverbund wird hieraus nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet.

Die LVV hat im Rahmen der Konzernfinanzierung Konzernunternehmen aus einem eigenen Aval-



kreditrahmen über TEUR 7.000 einen Betrag von TEUR 6.871 zur Sicherung von Altersteilzeitguthaben zur Verfügung gestellt. Mit einer Inanspruchnahme hieraus wird nicht gerechnet. Der Avalkreditrahmen der LVV ist durch Negativerklärungen gesichert.

In einem Konzernunternehmen bestehen Avale aus Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von TEUR 131. Zur Absicherung der Bürgschaft hat die Gesellschaft TEUR 22 Termingeld verpfändet.

Aufgrund einer Kommanditbeteiligung der KWL an einer GmbH & Co. KG bestehen zum Bilanzstichtag Haftungsrisiken bis zu TEUR 22.

Mit Tarifvertrag vom 1. Dezember 2011 regelte die KWL die Einführung und den Umgang mit Langzeitkonten. Demnach können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gehaltsbestandteile und/oder Urlaubstage bzw. erbrachte Überstunden in Wertkonten umwandeln. Die Beträge (TEUR 134 zum Vorjahresstichtag TEUR 20) werden zugunsten der Beschäftigten zinsbringend angelegt, wobei die KWL mindestens den angelegten Betrag garantiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können die hinterlegten Beträge zur Auszahlung innerhalb einer langfristigen Freistellung verwenden.

Es bestehen Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften.

### Klärwerke-Transaktion aus dem Jahr 2000

#### Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für das grenzüberschreitende Leasinggeschäft betreffend die Kläranlagen Rosental, Lindenthal, Markkleeberg, Markranstädt und Taucha hat ein Kreditinstitut mit A-Rating gegen Einzahlung von

insgesamt Mio. USD 149,1 (Trust A) und Mio. USD 23,6 (Trust B) den Teil der Zahlungsverpflichtung, das Darlehen betreffend, übernommen (kumulative Schuldübernahme).

#### Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Durch Einzahlung von Mio. USD 12,6 (Trust A) und Mio. USD 2,0 hat ein Finanzinstitut, das während der Laufzeit ein bestimmtes Mindestrating erfüllen muss, den Teil der Zahlungsverpflichtung zur Rückführung der Investoren-Eigenmittel übernommen.

Dieses Finanzinstitut gehört heute zum Konzern des amerikanischen Investors. Die KWL haftet für die Erfüllung dieser Verpflichtungen. Dieses Eventualrisiko belief sich per 31. Dezember 2012 auf Mio. USD 53,5.

### Trinkwasser-Transaktion aus dem Jahr 2003

#### Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für einen Teil der zu Beginn der Transaktion geleisteten Vorauszahlung wurde eine Anleihe eines Emittenten mit einem A-Rating gegen Zahlung von Mio. EUR 310,0 gekauft. Diese Anleihe bedient den

Teil der Zahlungsverpflichtung aus dem ausgereichten Darlehen. Seit Dezember 2006 beträgt diese Zahlungsverpflichtung noch Mio. EUR 76,6.

#### Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Durch die Einzahlung von Mio. USD 61,2 wurde eine Schuldverschreibung mit Zerobondcharakter eines

ursprünglich A-gerateten Finanzinstitutes erworben. Diese bedient den Teil der Zahlungsverpflich-





tung betreffend die Rückführung der Investoren-Eigenmittel. Das Rating des Emittenten liegt wie im Vorjahr bei B.

Das Eventualrisiko der KWL aus der Trinkwasser-Transaktion belief sich per 31. Dezember 2012 auf Mio. USD 113,2.

Entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen hat die KWL für bestimmte Grundstücke beschränkt persönliche Dienstbarkeiten zugunsten des Trusts im Grundbuch eintragen lassen.

Grundsätzlich trägt die Stadt Leipzig als primärer Vertragspartner dieses Eventualrisiko. Ein Risiko der KWL aus Freistellungsansprüchen der Stadt Leipzig kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Die Gesellschaft sieht jedoch zum Zeitpunkt der Berichtslegung kein akutes Ausfallrisiko in Bezug auf die CBL-Verträge und hat daher keine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus hat die Stadt Leipzig als primärer Vertragspartner des CBL bestimmte Freistellungsverpflichtungen für Ansprüche gegen andere Transaktionsteilnehmer übernommen. Zu diesen

Freistellungsverpflichtungen zählen Schadenersatzansprüche Dritter gegen den Trust im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage sowie bestimmte steuerliche Risiken. Des Weiteren gehören zu diesen Verpflichtungen die Wartungs- und Versicherungspflicht sowie die Verpflichtung zu Umbaumaßnahmen aufgrund geltenden Rechts für die Anlagen gemäß Vertrag. Im Untermietvertrag hat die KWL die Stadt Leipzig umfassend von sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionsverträgen freigestellt, vorbehaltlich einiger im Untermietvertrag genannter Ausnahmen.

Mit notarieller Urkunde vom 7. Mai 2004 (UR-Nr. 1872/2004/CM/JA des Notars Hans-Jörg Jarke, Leipzig) hat die KWL eine Buchgrundschuld mit Schuldversprechen in Höhe von TEUR 7.200 auf das Grundstück Johannisgasse zugunsten der Stadt Leipzig zur dinglichen Absicherung von Verpflichtungen aus dem CBL bestellt. Die KWL verpflichtet sich danach zur Zahlung eines Betrages, dessen Höhe der Grundschuldsumme entspricht, und unterwirft sich gleichzeitig deswegen der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in ihr gesamtes Vermögen. Die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Rückgewähr der gestellten Sicherheiten beträgt abweichend von § 196 Bürgerliches Gesetzbuch dreißig Jahre.

### Straßenbahntransaktion 2005 (LVB)

Die LVB haften für die künftigen Zahlungsverpflichtungen aus einem im Jahr 2005 mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB (SEB) abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft mit einem Transaktionsvolumen von Mio. EUR 22,9. Die Zahlungsverpflichtungen sind durch den Kaufpreis abgedeckt, der beim Leasinggeber hinterlegt ist. Zum Bilanzstichtag betragen die ausstehenden Leasingzahlungen Mio. EUR 23,6 (Vj.: Mio. EUR 22,9). An den Vermögensgegenständen des Leasinggeschäfts wurde zugunsten der LVB ein Pfandrecht bestellt.

Aufgrund der Struktur der Transaktion und der vorliegenden Informationen wird hieraus nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Leasinggeschäfte haben sich die Unternehmen zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen über die Laufzeit der Verträge verpflichtet.

### CDO-Transaktionen

Die Geschäftsführung der KWL geht weiter davon aus, dass die CDO-Transaktionen nichtig, jeden-

falls aber unwirksam und gegenüber der KWL nicht durchsetzbar sind.





Mit Blick auf ein nicht auszuschließendes Prozessrisiko aus den CDO-Geschäften würde der KWL für den Fall der Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der CDO-Transaktion ein Verlust von Mio. EUR 319,0 (beziehungsweise Mio. EUR 268,0 nach Verrechnung mit Ansprüchen aus den CDS-Geschäften) drohen. Eine Rückstellung für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen wurde, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013

ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig vorsorglich gebildet, wie im Vorjahr nicht gebildet, da die Gesellschaft nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege ausgeht.

## Sonstige

Das Tochterunternehmen IFTEC ist als Mitglied einer Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch zur Erbringung vertraglich vereinbarter Leistungen mit einem Volumen von Mio. EUR 12,0 verpflichtet. Die Bietergemeinschaft insgesamt, d. h. die IFTEC und ihr Konsortialpartner, haben bislang ihre Leistungen vertragsgerecht erfüllt, sodass davon auszugehen ist, dass beide die Verpflichtung auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme des Tochterunternehmens IFTEC ist folglich nicht zu rechnen.

Im Jahr 2006 gab die KWL gegenüber der HypoVer-einsbank für die Tochtergesellschaft Sportbäder

Leipzig GmbH eine Patronatserklärung für gegenwärtige und künftige Kredit- und Finanzdienstleistungen, die vorrangig zur Investition einer neu gebauten Schwimmhalle und Absicherung des Bäderbetriebes dienen (Darlehensinanspruchnahme zum 31. Dezember 2012: Mio. EUR 5,8). Eine Inanspruchnahme ist nahezu auszuschließen.

Zum Bilanzstichtag bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen von TEUR 1. Die Bewertung der Verpflichtung erfolgte auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Sonstige Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 22.

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen von TEUR 192.391. Dabei mieten bzw. pachten die Unternehmen im Zusammenhang mit ihrem Unternehmensgegenstand Objekte, darunter unter anderem Büroräumlichkeiten. Es bestehen Verpflichtungen aus operativem Leasing über TEUR 144.018 (Vj.: TEUR 152.470). Aus den drei abgeschlossenen Leasingverträgen ergeben sich Verpflichtungen bis zu den Jahren 2021, 2022 und 2024. Bei zwei Leasingverträgen enthalten zukünftige Zahlungen einen variablen Zinsanteil, der auf Basis des Dreimonats-EURIBOR berechnet wird. Zinsanteile werden in den ausgewiesenen Verpflichtungen aus operativem Leasing für alle drei Verträge nicht dargestellt. Das operative Leasing dient der Finanzierung der bestehenden Biomassekraftwerke sowie des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes. Durch die Abbildung der Leasingobjekte in den Bilan-

zen der Leasinggeber und die damit verbundene Bilanzneutralität im Konzern bieten sich Freiräume, die für weitere Investitionen genutzt werden können.

Des Weiteren besteht seit dem 1. Juni 2008 ein Operating-Lease-Vertrag für das Leasingobjekt Raummodule in Höhe von TEUR 688. Die Leasingzahlungen aus diesem Operating-Lease-Vertrag betragen im Geschäftsjahr 2012 TEUR 109. Die unkündbare Leasingzeit liegt bei fünf Jahren. Das Bestellobligo beläuft sich auf TEUR 54.174. Überdies bestehen Investitionsverpflichtungen gegenüber Dritten in Deutschland (TEUR 27.100; Vj.: TEUR 28.900) und in Polen im Großraum Gdańsk bis 2013 von TEUR 4.200 (Vj.: TEUR 10.074).

Außerdem sind Verpflichtungen zur Leistung noch nicht eingeforderter Einlagen auf GmbH-Anteile gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unterneh-



men (TEUR 98; Vj.: TEUR 98) sowie Verpflichtungen zur Leistung von Kommanditeinlagen (TEUR 710; Vj.: TEUR 960) vorhanden. Letztere ergeben sich aufgrund der Regelungen in den §§ 171 Abs. 1 und 172 Abs. 4 HGB.

Sonstige bilanzielle Verpflichtungen (Gewährung von Darlehen beziehungsweise Bürgschaften) von TEUR 4.737 (Vj.: TEUR 4.861) ergeben sich zum Bilanzstichtag gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Zum 31. Dezember 2012 bestanden Konsignationslagervereinbarungen mit acht verschiedenen Lieferanten. Neben Versorgungssicherheit und geringem Abwicklungsaufwand führt das Konsignationslagerkonzept zur Verringerung der Kapitalbindungskosten. Die Bezahlung des Materials erfolgt erst nach der Entnahme aus dem Lager. Der Bestand

des Konsignationslagers zum 31. Dezember 2012 betrug ca. TEUR 376.

Ein Teil der Unternehmen des LVV-Konzerns hat im Geschäftsjahr 2012 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen in Höhe von 1,2 % und Zusatzbeiträge in Höhe von 4 % (davon 2 % Arbeitnehmeranteil) der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die Zusatzversorgungspflichtigen Personalaufwendungen betragen TEUR 52.909. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung einer bestehenden Deckungslücke der Zusatzversorgungskasse im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

## 9 DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Der Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich dienen Commodity-Derivate in Form von Optionen, Forwards und Futures.

Zum 31. Dezember 2012 stellen sich Nominalvolumina und beizulegende Zeitwerte der Finanzderivate wie folgt dar:

	Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	
			Aktiva	Passiva
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsderivate				
Zinsswaps <sup>1</sup>	404.299	-84.563	0	14.983 <sup>2</sup>
Devisenderivate <sup>2</sup>				
Cross Currency Swaps	106.616	-10.004	0	0
Commodity-Derivate <sup>3</sup>				
Commodity-Termingeschäfte	6.637.216	858	0	12 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Derivate mit einem Nominalvolumen von TEUR 368.549 dienen als Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

<sup>2</sup> ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehungen in Höhe von TEUR 8.372

<sup>3</sup> diese Derivate sind Grund- und Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

Das Nominalvolumen ist die Summe aller den derivativen Finanzgeschäften zugrunde liegenden Kapitalbeträge.

Die Zinsderivate werden für ein Restnominalvolumen von TEUR 133.549 mit den zugrunde liegenden

Bankdarlehen sowie für einen Zinsswap mit einem Nominalvolumen von TEUR 40.000 mit einem Bankdarlehen, dessen Aufnahme mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartet wird, zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die hohe Wahrscheinlichkeit der erwarteten Darlehensaufnahme leitet sich aus der



Wirtschaftsplanung der LVV ab. Da die Derivate mit den zugrunde liegenden bzw. mit dem mit hoher Wahrscheinlichkeit aufzunehmenden Darlehen in allen wesentlichen Bedingungen übereinstimmen, ist davon auszugehen, dass sich gegenläufige Zahlungsströme aus der Zinsabsicherung für die verbleibende Laufzeit der Derivate vollständig ausgleichen, mithin eine Absicherung von Festzinssätzen erreicht wird.

Die Zeitwerte wurden den Bewertungsschreiben der Banken entnommen. Die jeweilige Bewertung gibt die Einschätzung der Bank bezüglich des Wertes des betreffenden Finanzinstrumentes unter den vorherrschenden Marktbedingungen wieder und leitet sich gemäß Bank vom indikativen Preis ab, zu dem die Bank das Finanzinstrument beendet beziehungsweise zurückgekauft hätte beziehungsweise wird durch die Bank auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden vorgenommen.

Ein Teil der Zinsswaps (Nominalvolumen: TEUR 195.000) ist Bestandteil eines Makro-Hedges, der zur Absicherung von Zinsrisiken gebildet worden ist. Als Grundgeschäfte wurden variabel verzinsliche Leasingverträge, derzeit kontrahierte variable Darlehen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Folgefinanzierungen, die ebenfalls eine variable Zinskomponente enthalten werden, designed. Der mithilfe der hypothetischen Derivate-Methode errechnete Marktwert der Grundgeschäfte (hypothetische Derivate) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 29.320.

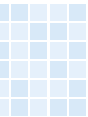
Bei einem Zinsswap der KWL (Nominalvolumen: TEUR 35.750), welcher der Optimierung eines ehemaligen Grundgeschäftes dienen sollte, besteht keine exakte laufzeit- und betragsmäßige Übereinstimmung und keine gegenläufige risikostrukturelle Übereinstimmung mit dem aktuellen Grundgeschäft, sodass keine Bewertungseinheit angenommen werden kann. Der beizulegende Zeitwert des Zinsswaps betrug zum Bilanzstichtag TEUR -37.224 (zuzüglich TEUR 12.151 nach Klageerhebung nicht geleisteter Zinszahlungen). Gegen dieses Finanzprodukt geht die KWL gerichtlich vor und hat nach Einschätzung der sie vertretenden Anwälte überwiegende Erfolgsaussichten, sodass nur für mögliche verbleibende Risiken eine Rückstellung von TEUR 6.611 erforderlich war.

Um das in Euro valutierende Darlehen der GPEC gegen Zins- und Währungsrisiken abzusichern, wurde im Jahr 2009 ein Cross Currency Swap abgeschlossen. Die Risiken aus dem US Private Placement sind weiterhin durch einen Cross Currency Swap abgesichert. Die beizulegenden Zeitwerte der Cross Currency Swaps wurden durch die Banken unter Anwendung eines anerkannten Barwertmodells ermittelt. Die Cross Currency Swaps sind jeweils Bestandteil von Mikro-Hedges. Bei dem US Private Placement wurden durch den Cross Currency Swap alle US-Dollar-Zahlungen, die aus dem Geschäft resultieren, vollständig abgesichert. Der unter Berücksichtigung der hypothetischen Derivate-Methode abgeleitete Wert des Grundgeschäftes kompensiert den negativen Marktwert des Sicherungsgeschäftes.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures.

Entsprechend § 285 Satz 1 Nr. 19 HGB werden unter den Commodity-Derivaten alle zu Handels- und Eigenbedarfszwecken erworbenen Finanzderivate im Anhang angegeben. Das Nominalvolumen entspricht dem additiven Wert aller geschlossenen Kauf- (Mio. EUR 3.318) und Verkaufsverträge (Mio. EUR 3.319) für zukünftige Lieferperioden in den Commodities Strom, Gas, Gasoil und CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate. Die zu Handelszwecken geschlossenen Kauf- und Verkaufskontrakte wurden in Anlehnung an die Vorgaben des Risikomanagements nach Lieferperioden und Commodities getrennt zu Portfolios zusammengefasst und entsprechend § 254 HGB bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte mit Marktpreisen zum Bilanzstichtag, basierend auf extern anerkannten Quellen, zum Beispiel den amtlichen Schlusskursen an der European Energy Exchange AG, Leipzig.

Für das CO<sub>2</sub>-Portfolio war zum 31. Dezember 2012 eine Rückstellung von TEUR 12 zu bilden. Auch im Bereich des Energievertriebs wurden für die Commodities Strom und Gas Bewertungseinheiten gebildet. Die Makro-Hedges umfassen die jeweils für die Jahresscheiben 2012, 2013 und 2014 abgeschlossenen beziehungsweise erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte. Als Grundgeschäfte wurden



verbindliche Absatzverträge mit Kunden, der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Kundenabsatz sowie kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Absatzgeschäfte definiert. Das Nominalvolumen sämtlicher in die Makro-Hedges einbezogenen Grundgeschäfte beläuft sich auf Mio. EUR 612. Als

Sicherungsinstrumente dienen kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Beschaffungsgeschäfte sowie langfristige Bezugsverträge.

Für die Darstellung wurde die Einfrierungsmethode gewählt.

## 10 ANGABEN ZU DEN ORGANEN DER LVV

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Josef Rahmen, Vorsitzender der Geschäftsführung, Arbeitsdirektor,
- Herr Detlev Kruse (bis zum 31. März 2013),
- Herr Volkmar Müller.

Bezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung betragen TEUR 24. Für laufende Pensionen an ehemalige Geschäftsführer sind TEUR 397 zurückgestellt.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird entsprechend § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die

### Gesellschaftervertreter

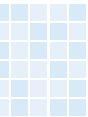
Burkhard Jung <b>Aufsichtsratsvorsitzender</b>	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig	Stadt Leipzig
Torsten Bonew	Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen	Stadt Leipzig
Axel Dyck	Sachverständiger für Geotechnik, Geschäftsführer	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion
Reiner Engelmann	Lehrer	Stadt Leipzig, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
Ursula Grimm	Bürgermeisterin a. D.	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion
Dr. Ilse Lauter	Lehrerin, zurzeit Arbeit suchend	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzende (bis zum 28. März 2012) der Fraktion DIE LINKE.
Wolfram Leuze	Jurist im Ruhestand	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Heiko Oßwald	Finanzbeamter	Stadt Leipzig, SPD-Fraktion
Malte Reupert	Staatlich geprüfter Landwirt, aktuell Geschäftsführer	Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Claus-Uwe Rothkegel	Geschäftsführer der BFH Rothkegel GmbH	Stadt Leipzig, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion



### Arbeitnehmervertreter

Manfred Tigges <b>Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender (Rücktrittserklärung vom 30. Januar 2012)</b>	Stellvertretender Bezirksgeschäftsführer ver.di – Bezirk Leipzig-Nordsachsen	Gewerkschaftsvertreter Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Ines Jahn <b>Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende (9. März 2012 bis 19. Juli 2012 und ab 12. Oktober 2012)</b>	Bezirksgeschäftsführerin ver.di – Bezirk Leipzig-Nordsachsen	Gewerkschaftsvertreterin Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Uwe Bruchmüller (bis 19. Juli 2012)	Stellvertretender Landesbezirksleiter der IG Bergbau, Chemie, Energie	Gewerkschaftsvertreter der IG Bergbau, Chemie, Energie
Jörg Förster (vom 28. Februar 2012 bis 19. Juli 2012)	Bereichsleiter Öffentlichkeitsarbeit und Organisation, ver.di – Landes- bezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Gewerkschaftsvertreter Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Rainer Hartmann	Meister der Elektrotechnik, aktuell stellvertretender Betriebsratsvorsit- zender der SW Leipzig	SW Leipzig
Maik Helmbold (bis 19. Juli 2012)	Elektromonteur, aktuell Betriebs- ratsvorsitzender der IFTEC GmbH & Co. KG	IFTEC GmbH & Co. KG
Matthias Irmscher (ab 20. Juli 2012)	Koordinator Personal der LeoBus GmbH	LeoBus GmbH
Holger Klemens (bis 30. Juni 2012)	Prokurist/Geschäftsbereichsleiter Vertrieb/Kundenmanagement der LVB	LVB
Peter Kubiak	Kommunikationstechniker, Mitglied des Betriebsrates der SW Leipzig	SW Leipzig
Sabine Lange (ab 20. Juli 2012)	Stellvertretende Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	Gewerkschaftsvertreterin Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Steffen Laue (ab 20. Juli 2012)	Fahrzeugschlosser, aktuell stellver- tretender Betriebsratsvorsitzender der IFTEC GmbH & Co. KG	IFTEC GmbH & Co. KG
Jürgen Mehnert (ab 20. Juli 2012)	Bezirksleiter der IG Bergbau, Chemie, Energie des Bezirkes Leipzig	Gewerkschaftsvertreter der IG Bergbau, Chemie, Energie
Claudia Neubert (bis 19. Juli 2012)	Mitarbeiterin Unternehmenscontrolling der LVB	LVB
Ronald Petzold	Koordinator für Verkehrssteuerung, aktuell Betriebsratsvorsitzender der LVB	LVB
Michaela Späth	Sachbearbeiterin für Fördermittel, aktuell Betriebsratsvorsitzende der KWL	KWL
Steffen Tippach (ab 20. Juli 2012)	Geschäftsbereichsleiter Markt/Strategie der LVB	LVB

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit im Ge-  
 schäftsjahr 2012 Vergütungen von TEUR 27.



## 11 ABSCHLUSSPRÜFERHONORAR

Das vom Abschlussprüfer des LVV-Konzerns für das Geschäftsjahr 2012 berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 359. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen TEUR 281 sowie auf sonstige Leistungen TEUR 78.

beträgt TEUR 588. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen TEUR 333, auf andere Bestätigungsleistungen TEUR 13, auf Steuerberatungsleistungen TEUR 6 sowie auf sonstige Leistungen TEUR 236.

Das Gesamthonorar für andere, bei Tochterunternehmen im LVV-Konzern tätige Abschlussprüfer

## 12 MITARBEITER IM JAHRESDURCHSCHNITT (§ 314 ABS. 1 NR. 4 HGB)

Im Jahresdurchschnitt waren 2.243 Gehaltsempfänger und 2.555 Lohnempfänger in den in den Konzernabschluss nach den Grundsätzen über die

Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH beschäftigt.

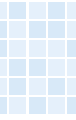
Leipzig, den 21. Juni 2013

Geschäftsführung

Josef Rahmen

Volkmar Müller

Konzernbilanz  
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung  
**Konzernanhang**  
Entwicklung des Anlagevermögens  
Konzern-Kapitalflussrechnung



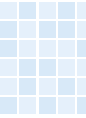


# ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2012

## LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	Anschaffungs- und Herstellungskosten							Stand am 31.12.2012 TEUR
	Stand am 01.01.2012 TEUR	Währungs- differenz TEUR	Zugänge TEUR	Um- buch- ungen TEUR	Verände- rungen aus der Equity- Bewertung TEUR	Abgänge TEUR	Abgänge Konsoli- dierung TEUR	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>								
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	124.981	537	7.379	5.157	0	525	15.969	121.560
2. Geschäfts- oder Firmenwert	166.351	0	306	0	0	0	6.012	160.645
3. Geleistete Anzahlungen	4.694	0	4.590	-308	0	5	0	8.971
	<b>296.026</b>	<b>537</b>	<b>12.275</b>	<b>4.849</b>	<b>0</b>	<b>530</b>	<b>21.981</b>	<b>291.176</b>
<b>II. Sachanlagen</b>								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	475.607	11.994	1.321	11.977	0	3.345	2.175	495.379
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.383.514	4.121	63.512	53.416	0	17.696	87.587	3.399.280
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.387	1.014	3.527	2.357	0	4.402	14.392	87.491
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	90.574	277	62.886	-72.599	0	354	1.968	78.816
	<b>4.049.082</b>	<b>17.406</b>	<b>131.246</b>	<b>-4.849</b>	<b>0</b>	<b>25.797</b>	<b>106.122</b>	<b>4.060.966</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	14.246	310	643	0	0	0	0	15.199
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	72.083	0	0	0	416	0	0	72.499
3. Beteiligungen	127.512	11	200	0	0	0	3	127.720
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.330	0		0	0	0	0	6.330
5. Sonstige Ausleihungen	575	0	263	0	0	273	0	565
	<b>220.746</b>	<b>321</b>	<b>1.106</b>	<b>0</b>	<b>416</b>	<b>273</b>	<b>3</b>	<b>222.313</b>
	<b>4.565.854</b>	<b>18.264</b>	<b>144.627</b>	<b>0</b>	<b>416</b>	<b>26.600</b>	<b>128.106</b>	<b>4.574.455</b>





Stand am 01.01.2012 TEUR	kumulierte Abschreibungen						Stand am 31.12.2012 TEUR	Buchwerte	
	Währungs- differenz TEUR	Zugänge TEUR	Um- buchun- gen TEUR	Zuschrei- bungen TEUR	Abgänge TEUR	Abgänge Konsoli- dierung TEUR		Stand am 31.12.2012 TEUR	Stand am 31.12.2011 TEUR
109.880	235	7.657	5	0	248	12.563	104.966	16.594	15.101
166.282	0	65	0	0	0	6.012	160.335	310	68
0	0	0	0	0	0	0	0	8.971	4.694
<b>276.162</b>	<b>235</b>	<b>7.722</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>248</b>	<b>18.575</b>	<b>265.301</b>	<b>25.875</b>	<b>19.863</b>
230.713	6.327	12.634	4	0	2.638	1.884	245.156	250.223	244.894
1.793.217	3.185	114.666	-85	-117	14.570	55.622	1.840.674	1.558.606	1.590.298
75.794	594	7.351	37	0	4.276	10.266	69.234	18.257	23.593
471	4	0	39	0	13	460	41	78.775	90.102
<b>2.100.195</b>	<b>10.110</b>	<b>134.651</b>	<b>-5</b>	<b>-117</b>	<b>21.497</b>	<b>68.232</b>	<b>2.155.105</b>	<b>1.905.861</b>	<b>1.948.887</b>
9.133	0	410	0	0	0	0	9.543	5.656	5.113
71.580	0	0	0	0	0	0	71.580	919	502
135	11	14	0	0	0	0	160	127.560	127.377
0	0	0	0	0	0	0	0	6.330	6.330
0	0	0	0	0	0	0	0	565	576
<b>80.848</b>	<b>11</b>	<b>424</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>81.283</b>	<b>141.030</b>	<b>139.898</b>
<b>2.457.205</b>	<b>10.356</b>	<b>142.797</b>	<b>0</b>	<b>-117</b>	<b>21.745</b>	<b>86.807</b>	<b>2.501.689</b>	<b>2.072.766</b>	<b>2.108.648</b>

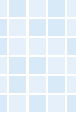




# KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2012

## LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	2012 TEUR	2011 TEUR
Konzernjahresfehlbetrag	-60.729	-13.846
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	142.373	142.899
Abschreibungen auf Finanzanlagen	424	202
Veränderung aus der Equity-Bewertung	-417	-480
Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	146	263
Zuschreibungen zum Anlagevermögen	-117	0
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-7.449	-7.202
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-35.797	-38.980
Erträge aus der Auflösung abgegrenzter Barwertvorteile aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften	-834	-18.736
Netto-Gewinn (Vorjahr: Verlust) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		
und von konsolidierten Unternehmen	-22.665	1.753
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	-884	-112
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	-2.752	-1.979
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen und sonstiger Aktiva	179	20.659
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	124.490	9.905
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	-45.393	18.435
<b>Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>90.575</b>	<b>112.781</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	3.267	1.846
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-12.275	-7.537
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-131.246	-121.191
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.106	-2.201
Einzahlungen aus dem Verkauf konsolidierter Unternehmen	56.774	0
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	24.050	18.709
Einzahlungen aus empfangenen Ertragszuschüssen	8.390	6.191
Rückzahlung von Investitions- und Ertragszuschüssen	-4.199	-3.527
<b>Cash Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-56.345</b>	<b>-107.710</b>
Einlagen der Gesellschafterin	34.271	14.271
Einlagen von Minderheitsgesellschaftern	3.221	0
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	165.551	107.729
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-184.381	-98.269
Ausschüttungen	-2.293	-5.395
<b>Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>16.369</b>	<b>18.336</b>
Veränderung des Finanzmittelfonds	50.599	23.407
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	49.432	26.703
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-20	-678
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>100.011</b>	<b>49.432</b>
darunter:		
Sonstige Wertpapiere	1.516	1.515
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	98.495	47.917
	<b>100.011</b>	<b>49.432</b>



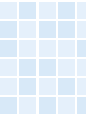


# KONZERN-EIGENKAPITALSPIEGEL ZUM 31. DEZEMBER 2012

## LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

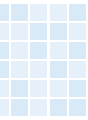
Mutterunternehmen

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern- eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital
				Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung	Andere neutrale Trans- aktionen	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Stand am 1. Januar 2011</b>	<b>512</b>	<b>159.292</b>	<b>-170.466</b>	<b>-1.029</b>	<b>31.012</b>	<b>19.321</b>
Änderung des Konsolidierungskreises bzw. der Beteiligungsquote und Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	-6.294	0	-6.294
Ausschüttung an Minderheitsgesellschafter	0	0	0	0	0	0
Einlage in die Kapitalrücklage	0	14.271	0	0	0	14.271
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	-20.689	20.689	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0	0
<b>Konzernergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-16.315</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-16.315</b>
<b>Stand am 31. Dezember 2011</b>	<b>512</b>	<b>152.874</b>	<b>-166.092</b>	<b>-7.323</b>	<b>31.012</b>	<b>10.983</b>
Änderung des Konsolidierungskreises bzw. der Beteiligungsquote und Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	4.655	0	4.655
Ausschüttung an Minderheitsgesellschafter	0	0	0	0	0	0
Einlage in die Kapitalrücklage	0	14.271	0	0	0	14.271
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	-70.102	70.102	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0	0
<b>Konzernergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-64.053</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-64.053</b>
<b>Stand am 31. Dezember 2012</b>	<b>512</b>	<b>97.043</b>	<b>-160.043</b>	<b>-2.668</b>	<b>31.012</b>	<b>-34.144</b>



Minderheitsgesellschafter				
Minderheitenkapital	Eigenkapitaldifferenz aus Währungs- umrechnung	Andere neutrale Transaktionen	Eigenkapital	Konzerneigenkapital
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>88.726</b>	<b>-192</b>	<b>670</b>	<b>89.204</b>	<b>108.525</b>
31	0	0	31	31
0	-1.011	0	-1.011	-7.305
-5.395	0	0	-5.395	-5.395
0	0	0	0	14.271
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
<b>2.469</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2.469</b>	<b>-13.846</b>
<b>85.831</b>	<b>-1.203</b>	<b>670</b>	<b>85.298</b>	<b>96.281</b>
2.347	0	0	2.347	2.347
0	792	0	792	5.447
-2.293	0	0	-2.293	-2.293
0	0	0	0	14.271
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
<b>3.324</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3.324</b>	<b>-60.729</b>
<b>89.209</b>	<b>-411</b>	<b>670</b>	<b>89.468</b>	<b>55.324</b>





#### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den von der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.



Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 21. Juni 2013

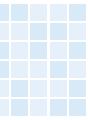
**Deloitte & Touche GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



  
(Drüppel)  
Wirtschaftsprüfer

  
(Schrader)  
Wirtschaftsprüfer





Unsere Strategie: Zusammen führen  
Jahresabschluss LVV-Konzern

## Impressum

**Herausgeber** LVV Leipziger Versorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft mbH  
Reichsstraße 4  
Speck's Hof/Aufgang A  
D-04109 Leipzig

Tel.: +49 341 355 300-0  
Fax: +49 341 355 300-10  
holding@lvv.de  
www.lvv.de

**Verantwortlich** Frank Viereckl, Peter Krutsch,  
Mila Brodmann, Jörg Glätte

**Konzept und Gestaltung** Centralgestalt GmbH, Leipzig  
www.centralgestalt.de

**PDF-Download** [www.lvv.de/gb](http://www.lvv.de/gb)

